Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 17. bis 31. Dezember 1.50 Goldmark, Abholer 1.42 Goldmark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigespaltene 99 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 301 — Magdeburg, Freitag den 28. Dezember 1923. — 34. Jahrgang.

Ein proletarisches Trauerspiel.

Von dem Genossen Wilhelm Dittmann wird uns geschrieben:

Seit Jahrzehnten gilt Sachsen in der deutschen Partei als das sozialistische Musterland. Die hochindustrielle Entwicklung des Landes und seine reaktionäre Regierungspolitik ließen den Klassengegensatz mit größter Schärfe hervortreten. Hie Bourgeoisie! Hie Proletariat! klang es bei den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen durchs Land. Die Revolution hat politisch den Einfluß des Proletariats zum vorherrschenden gemacht, wirtschaftlich aber herrscht nach wie vor die Bourgeoisie. Die Gegensätze sind dadurch noch verschärft worden. Proletarier bestimmen jetzt die Landesgesetze und üben die Regierungsgewalt aus. Die Unternehmer fühlen sich dadurch entrechtet und entmachtet und stehen deshalb in schroffster Opposition zur sächsischen Landesgesetzgebung und zur sozialistischen Landesregierung, und ihnen schließt sich das Bürgertum in seiner Mehrheit an.

Im Landtag stehen 40 sozialdemokratische und 10 kommunistische, also 50 proletarische Abgeordnete, 20 deutschnationalen, 18 volksparteilichen und 8 demokratischen, also 46 bürgerlichen Abgeordneten, gegenüber. Mit 4 Stimmen Mehrheit müßte das Proletariat Parlament und Regierung sicher beherrschen. Aber diese proletarische Mehrheit ist nicht homogen. Ihr fehlt die Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Der kommunistische Teil der proletarischen Mehrheit ist nicht dauernd zu einheitlichem und geschlossenem Vorgehen mit dem sozialistischen Teile zu bewegen. Er verfolgt Sonderinteressen und handelt nicht auf Grund der gegebenen sächsischen Verhältnisse, sondern auf Befehl der Moskauer Zentrale der Kommunistischen Internationale. Daher taumelt das Land trotz seiner proletarischen Mehrheit von einer Regierungskrise in die andre, und das proletarische Regime entbehrt der Festigkeit und Beständigkeit.

Nach den letzten Landtagswahlen im November 1922 unterstützten die Kommunisten zunächst das sozialistische Minderheitskabinett Buck-Lipinski. Anfang 1923 stürzten sie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien das Kabinett. Auf dem Landesparteitag im März 1923 empfahl der Vorstand der Gesamtpartei durch mich den sächsischen Parteigenossen, aus der klassenverräterischen Haltung der Kommunisten die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen und mit den Demokraten eine Koalition zu suchen. Dieser Rat wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und unter Opferung Lipinskis nochmals die Unterstützung der Kommunisten gesucht. Es kam das Kabinett Zeigner-Liebmann. Als im Herbste die bayrische Gefahr akut wurde, traten die Kommunisten auf direkten Befehl Moskaus in die sächsische und thüringische Regierung ein, um von diesen staatlichen Machtpositionen aus den bewaffneten Aufstand zu inszenieren. Die Reichsexekutive gegen Sachsen vertrieb die Kommunisten wieder aus der Regierung, aus der sie sonst auf die Initiative des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner binnen wenigen Tagen entfernt worden wären, weil ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit ihnen in der Regierung sich als unmöglich erwiesen hatte. Mit Unterstützung der Demokraten wurde jetzt das sozialistische Minderheitskabinett Fellisch gebildet, hinter dem die genaue Hälfte der Landtagsabgeordneten stand.

Das Kabinett Fellisch war auf Empfehlung von Wels und mir als Vertretern des Vorstandes der Gesamtpartei durch Beschluß der Landtagsfraktion mit 32 gegen 6 Stimmen gebildet worden. Die Vertretung der sächsischen Parteiorganisationen, der Landesarbeitsausschuß, hatte mit 15 gegen 8 Stimmen die Bildung des Kabinetts Fellisch abgelehnt und berief einen Landesparteitag ein, der zwischen ihm und der Fraktion entscheiden sollte. Als der Parteitag Anfang Dezember stattfand, erklärte nunmehr auch der Landesarbeitsausschuß und ebenso der Parteitag die sozialistische Minderheitsregierung Fellisch für „das Gegebene". Der Parteitag beschloß aber, falls das Kabinett zurücktreten würde, sollte zunächst wieder mit den Kommunisten verhandelt werden. Eine Koalition — sowohl mit den Kommunisten wie mit den Demokraten — bedürfe der Zustimmung eines neuen Landesparteitags. Als Vertreter des Parteivorstandes warnte ich vor diesen Beschlüssen, da sie dazu führen könnten, daß die Demokraten dem Kabinett Fellisch ihre Unterstützung entziehen würden, das Kabinett zurücktreten müsse, Neuwahlen notwendig würden, möglicherweise statt der proletarischen eine bürgerliche Mehrheit in den Landtag einziehe, eine bürgerliche Regierung käme und dann in kurzer Zeit die Demokratisierung der Verwaltung, unsre Arbeit von fünf Jahren, beseitigt würde.

Was ich befürchtet, scheint einzutreten. Die Demokraten haben dem Kabinett Fellisch die Unterstützung entzogen, das Kabinett ist zurückgetreten. Gemäß dem Beschluß ist erneut mit den Kommunisten verhandelt worden, und zwar mit völlig negativem Resultat. Der Landesarbeitsausschuß steuert jetzt direkt auf die Landtagsauflösung zu, die Mehrheit der Landtagsfraktion ist für eine Koalition mit den Demokraten und der Volkspartei, um eine feste parlamentarische Mehrheit und endlich stabile Regierungsverhältnisse zu bekommen. Die Landtagsfraktion verlangt die Einberufung eines neuen Landesparteitags, damit er zwischen Koalition und Auflösung entscheide. Der Landesarbeitsausschuß hat dies Verlangen der Fraktion zunächst abgelehnt, hat dann aber auf den 27. Dezember eine Sitzung der erweiterten Landesinstanzen zur Entscheidung einberufen. Zwei Tage später, am 29. Dezember, tritt bereits der Landtag zusammen, um die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die Situation ist also kritisch und verworren.

Die Haltung des Landesarbeitsausschusses, ohne Befragung eines Landesparteitags die Landtagsauflösung herbeizuführen, steht im Widerspruch mit seiner eignen vorwurfsvollen Feststellung gegenüber den Kommunisten in seiner Erklärung vom 20. Dezember:

> Der sächsische Regierungsapparat ist zum mindesten im Sinne der Verteidigung proletarischer Interessen ein wichtiger Stützpunkt. Ihn zu halten, wäre proletarische Pflicht. Dazu aber sind die Kommunisten zurzeit nicht willens. Sie glauben, daß sie, wenn nicht zahlenmäßig, so doch moralisch gestärkt aus einem Wahlkampf hervorgehen werden. Dabei sieht es sie nicht an, daß die proletarische Mehrheit in einem Wahlkampf verlorengehen kann. Auch für eine Aufschiebung der Landtagsauflösung sind die Kommunisten nicht zu haben. Sie glauben, daß ihnen jetzt die Zeit günstig sei. Nach dieser Einstellung, die als parteiegoistisch und demagogisch bezeichnet werden muß, konnten die Verhandlungen nur ein negatives Resultat zeitigen.

So der Landesarbeitsausschuß in einer Erklärung in der sächsischen Parteipresse gegen die Kommunisten. Und nun nimmt er selber den gleichen von ihm bei den Kommunisten kritisierten Standpunkt ein. Jetzt spielt der Landesarbeitsausschuß mit der Landtagsauflösung genau so unverantwortlich wie die Kommunisten, unbekümmert darum, ob die proletarische Landtagsmehrheit verlorengeht oder nicht, als wenn der sächsische Regierungsapparat kein „wichtiger Stützpunkt zur Verteidigung proletarischer Interessen" wäre. Dabei ist es absolut ausgeschlossen, daß unsre Partei gegenwärtig in einem Wahlkampf die neun Mandate dazu erobern kann, die sie braucht, um allein, ohne Anlehnung nach rechts oder links, regieren zu können. Günstigstenfalls kann eine Neuwahl die Mehrheit von Sozialisten und Kommunisten wiederbringen, aber die Situation ist dann für unsre Partei dieselbe wie jetzt.

Der Landesarbeitsausschuß stellt selber fest, daß mit den Kommunisten keine Regierung gebildet werden kann. Deshalb muß unsre Partei auch nach einer Neuwahl die Koalition mit Demokraten und Volksparteilern suchen. Gegen diese einzig noch mögliche Lösung der Krise sträubt sich der Landesarbeitsausschuß mit Händen und Füßen. Er, der sofort einen Landesparteitag einberief, als die Landtagsfraktion gegen seinen Willen mit demokratischer Unterstützung das Kabinett Fellisch bildete, weigert sich jetzt, dem Antrag der Landtagsfraktion zu entsprechen, einen neuen Landesparteitag über die Frage Koalition oder Auflösung entscheiden zu lassen.

Welche Absichten verfolgt der Landesarbeitsausschuß mit seinem Vorgehen? Will er unter Mißachtung der Parteiinteressen einen Streich gegen die Landtagsfraktion führen? Will er die Auflösung, um bei der Kandidatenaufstellung, wie er es bereits offen als sein Ziel verkündet hat, sämtliche Vertreter der Fraktionsmehrheit zu beseitigen? Das wäre ein so ungeheuerliches und frevelhaftes Spiel mit den Interessen der Partei und des Proletariats, daß man vorläufig noch nicht daran glauben möchte. Wer die innern Parteiverhältnisse in Sachsen näher kennt, kann aber leider eine solche Absicht nicht für unmöglich halten.

Die Partei hat in Sachsen die meisten geschulten und erfahrenen Parteigenossen in Staats- und Gemeindestellungen abgeben müssen. An ihre Stelle sind in den Organisationen und in der Presse jetzt vielfach junge, unerfahrene Leute getreten.

Ein halbes Dutzend solcher jungen Redakteure und ein halbes Dutzend Schullehrer beherrschen heute Presse und Organisation unsrer Partei in Sachsen, sie beherrschen den Landesarbeitsausschuß, sie beherrschten auch den letzten Landesparteitag. Sie geben offen die Parole aus, daß der Parteivorstand, die Mehrheit der Reichstagsfraktion und der sächsischen Landtagsfraktion von ihren Posten entfernt werden müssen. Liest man ihre Artikel und hört man ihre Reden, so gibt es nichts in Politik und Wirtschaft, wofür diese Körperschaften nicht verantwortlich sind. Vor den gröbsten Entstellungen und wissentlichen Unwahrheiten scheuen sie dabei nicht zurück. Wer z. B. das Zwickauer oder auch das Plauener Parteiblatt liest, glaubt ein kommunistisches Revolverblatt vor sich zu haben, so sind diese Parteizeitungen angefüllt mit Beschimpfungen und Verunglimpfungen von Vertretern und Instanzen der eignen Partei.

Als die Regierung Fellisch gebildet worden war, beschuldigte das „Zwickauer Volksblatt" Genossen Wels und mich, im Bunde mit der Reichswehr den Dolchstoß gegen die proletarische Einheitsfront geführt zu haben. Die Landtagsfraktion wurde beschuldigt, sie habe die Parteigenossenschaft verraten; von den Kommunisten im Landtag aber, die die Vereidigung von Fellisch ermöglichten, wurde lobend erklärt: „Sie haben recht gehandelt." Ihre Qualifikation zu der von ihnen erstrebten Führung der Partei bewiesen die Eiferer gegen die jetzige Führung dadurch, daß sie ganz nach kommunistischem Vorbild gegen die Reichsexekutive von Parteivorstand und Allgemeinem Gewerkschaftsbund den Generalstreik für ganz Deutschland forderten zu einer Zeit, in der in Bayern die Kahr-Diktatur, im Rheinland der Besatzungsterror und im ganzen Reich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf dem Proletariat lasteten. Ganz Schlaue wollten sogar Sachsen und Thüringen vom Generalstreik ausgenommen wissen. Den Gipfel erklomm der Redakteur Kleineibst (Chemnitz), der verlangte, daß die Regierung Zeigner mit dem Landtag in Sachsen von Ort zu Ort ziehen und das Volk aufrufen solle, sich um seine Regierung zu scharen. Als Genosse Wels darüber lachte, machte ihm der Redakteur Seydewitz (Zwickau) deswegen schwere Vorwürfe.

Politische Kinder maßen sich an, politische Führer zu sein und lassen sich von der Welle der Erregung, die durch die Wirtschaftsnot hervorgerufen ist, hochtragen in Partei- und Staatsämter. Im Zwickauer Bezirk rühmt sich der Bezirksvorsitzende Seydewitz in einem Zirkular, daß Beiträge nach Berlin „sowieso" nicht abgeführt werden, damit „beruhigt" er die Genossen. Der im gleichen Bezirk gewählte Landtagsabgeordnete Langhorst wird wegen seines Votums für die Regierung Fellisch gezwungen, sein Amt als Angestellter des Bergarbeiterverbandes niederzulegen; die Mitglieder drohen, die Beiträge zu sperren, wenn er nicht geht. Der Textilarbeiterverband muß wegen Beitragssperre im Zwickauer Bezirk eine ganze Zahlstelle ausschließen. Das sind die Früchte der Pressehetze der Seydewitz, Victor e tutti quanti. Inzwischen hat Seydewitz sich bereits zum Reichstagskandidaten und Victor, der erst vier Monate in Sachsen ist, sich zum Landtagskandidaten aufstellen lassen. Molkenbuhr, Jäckel, Puchta, Richard Meier, Stücklen, Minna Schilling, kurzum alle Reichstagsabgeordnete der Partei im ganzen Wahlbezirk sollen durch diese „Parteierneuerer" beseitigt werden.

Demselben Zwecke dient anscheinend jetzt bezüglich der Landtagsfraktion das Eintreten des Landesarbeitsausschusses für die Landtagsauflösung. Geht die proletarische Mehrheit verloren, so macht man eben „grundsätzliche Opposition" in Idealkonkurrenz mit den Kommunisten. Aber vielleicht würde eine Wahlniederlage denen die Augen öffnen, die sich von dem pseudo-radikalen Geschrei betören lassen und endlich eine Gesundung der trostlosen Parteiverhältnisse in Sachsen einleiten.

Alles in allem ist es ein proletarisches Trauerspiel, was sich seit Jahr und Tag in der sächsischen Arbeiterbewegung ereignet und das sozialistische Musterland Sachsen zu einem Tummelplatz parteizerstörender Treibereien politisch unreifer Elemente macht. —

Stinnes und die Arbeiterpartei.

Unter der Ueberschrift „Eine Gefahr für Deutschland. Tom Shaw verhandelt mit deutschen Sozialdemokraten" veröffentlicht die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Blatt des Hugo Stinnes, nachstehenden eignen Drahtbericht aus London:

Die Verhandlungen des in Paris weilenden englischen Arbeiterführers Tom Shaw mit der deutschen Sozialdemokratie verlangen Aufmerksamkeit. „Exchange" zufolge sieht das Programm einen Druck auf Paris zwecks Aufgabe der französischen Sonderpolitik und einen Druck auf Berlin vor, durch den der Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung herbeigeführt werden soll. Deutsche Sozialisten sollen dieses Programm mit Begeisterung aufgenommen haben.

Diplomatische Künste englischer Arbeiterführer drohen zu einer Gefahr für Deutschland zu werden. Es versteht sich von selbst, daß sich Poincaré um den Druck einer englischen Arbeiterregierung noch weit weniger kümmern wird wie um die Haltung der englischen Konservativen. Das einzige praktische Ergebnis obigen Programms könnte also darin bestehen, die deutschen Sozialisten wieder zur Macht zu bringen.

Der „Vorwärts" bemerkt dazu: Erstens: An der ganzen Meldung ist kein Wort wahr. Richtig ist lediglich, daß Genosse Tom Shaw vor etwa zehn Tagen in Berlin 48 Stunden weilte, übrigens nicht in seiner Eigenschaft als Sekretär der sozialistischen Internationale, sondern im Auftrag der englischen Textilarbeiterorganisation, die eine Hilfsaktion für den Deutschen Textilarbeiterverband eingeleitet hatte. Daß er dabei auch mit Mitgliedern der deutschen Sozialdemokratie zusammengekommen ist, ist selbstverständlich. Die Frage eines etwaigen Wiedereintritts unsrer Partei in die Regierung ist überhaupt nicht erwähnt worden.

Man höre aber und staune: Der Gedanke, daß die englische Arbeiterpartei, die als erste in England und am konsequentesten gegen das Versailler Diktat und gegen die Ruhrbesetzung protestiert hat, Regierungspartei werden und ein möglichst enges Zusammenarbeiten mit Deutschland erstreben könnte, erscheint der patriotischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" als eine Gefahr! Dagegen betrachtet sie es als weniger gefährlich, daß eine konservative Regierung am Ruder bleibe, die erfahrungsgemäß auf die poincaréfreundlichen „Die Lords", auf die Ronald Mac Neill, Lord Derby, die „Morning Post", die Rothemere-Schandblätter Rücksicht nehmen müßte!

Hier offenbart sich wieder einmal die internationale Solidarität der Reaktion. —

Reaktionärer Rechtsumsturz.

Der bayrische Staatsanwalt Emminger, der gegenwärtig als Reichsjustizminister fungiert, hat die von ihm angekündigte Notreform der Justiz durch zwei Ausnahmeverordnungen auf Grund des § 48 der Reichsverfassung in die Wirklichkeit übergeführt.

Die erste Verordnung gibt dem Oberreichsanwalt die Berechtigung, in den an sich zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörigen Strafsachen wegen Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse in die Verhandlung an ein Oberlandesgericht zu verweisen. Auch das Reichsgericht selbst kann eine solche Ueberweisung aussprechen, solange die Hauptverhandlung noch nicht begonnen hat; auch in diesem Fall ist der Antrag des Oberreichsanwalts notwendig.

Die Justizministerien der einzelnen Länder können ein bestimmtes Oberlandesgericht als dasjenige bezeichnen, dem alle derartigen Aufgaben zuzuteilen sind. In dessen Stelle kann, wie es im Schlußsatz des § 3 heißt, auch „das Oberste Landesgericht" treten.

Ein solches „Oberstes Landesgericht" gibt es nur in Bayern.

Auf dem Umweg über die Notverordnung wird hier dem partikularistischen Streben die Bahn geöffnet, dem Münchner „Obersten Landesgericht" in aller Form Rechtens die Befugnis übertragen, in Landesverratsprozessen an Stelle des Reichsgerichts zu amtieren. Bayern hat bisher schon seine eigne Rechtspraxis gehabt und den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik durch einen Kahrschen Federstrich ausgeschaltet. Aber daß diese partikularistische Praxis jetzt auch noch einen Schimmer von rechtlicher Basis erhält, dazu war erst ein bayrischer Reichsjustizminister nötig!

Ebenso schlimm wie die Ausschaltung des Reichsgerichts ist die durch eine zweite Verordnung verfügte angebliche Beschleunigung des Strafverfahrens. Die Schwurgerichte werden zum größten Teile völlig ausgeschaltet. Straftaten, die sonst zu ihrer Zuständigkeit gehörten, wie etwa Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung, Mord, Totschlag, Raub und räuberische Erpressung werden jetzt den Strafkammern zur Aburteilung überwiesen, soweit nicht sogenannte Sondergerichte in Frage kommen. Allerdings kann die Staatsanwaltschaft oder, nach Einreichung der Anklageschrift, auch das Gericht die Sache wieder dem Schwurgericht überweisen. Aber da die Tendenz der Verordnung nach Emmingers Zeugnis dahin zielt, die Laien aus der Rechtsprechung auszuschalten, dürfte solche Ueberweisung nur sehr selten vorkommen. Um so mehr, als ja beschleunigte Rechtsprechung gefordert wird!

Selbst das Verfahren vor der Strafkammer wird um der „Beschleunigung" willen wichtiger Rechtsgarantien entkleidet. Die Anklageschrift braucht nicht mehr wie bisher die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen zu enthalten, und der Umfang der Beweisaufnahme wird vom Gericht nach freiem Ermessen bestimmt. Der Angeklagte hat also keinen Anspruch auf Vernehmung der von ihm geladenen Zeugen. Rechtsmittel gegen die Urteile der Strafkammer gibt es nicht, nur ein Wiederaufnahmeverfahren ist zulässig.

Die bayrische Praxis der „Volksgerichte", die keine Berufung und keine Revision kennen — man denke an den skandalösen Fall Fechenbach und die ebenso skandalösen Urteile gegen die in Niederschönenfeld lebendig Begrabenen —, wird jetzt durch einfache „Verordnung" über das ganze Reich ausgedehnt. Der Reformator Emminger macht seinem großen Vorbild Kahr alle Ehre. Es ist schon bedenklich genug, daß die innerpolitischen Kämpfe zur Einsetzung von politischen Sondergerichten zwangen. Aber daß, angeblich der Ersparnis halber, auch im normalen Strafverfahren so gut wie alle Rechtssicherungen beseitigt werden, das konnte doch nur ein bayrischer Staatsanwalt aus der Schule Kahrs fertigbringen.

Und das darf sich der Reichstag nicht gefallen lassen. —

„Nothilfe" für Beamte und Soldaten.

Der Forderung der Beamten und ihrer Organisationen auf Schaffung von Pflichtkrankenkassen will die Regierung noch immer nicht entsprechen. Auf eine vor längerer Zeit im Reichstag gestellte Anfrage unsers Genossen Hoch antwortete der Vertreter des Reichsministeriums des Innern, daß eine entsprechende Gesetzesvorlage in Vorbereitung sei.

Trotzdem beschränkte sich die Regierung später auf „Notstandsbeihilfen" für Reichsbeamte und Soldaten der Wehrmacht. Danach kann Notstandsbeihilfe gewährt werden: 1. im Falle der Erkrankung des Beamten, 2. im Falle des Todes, wenn Familienmitglieder vorhanden sind, 3. im Falle der Erkrankung, der Geburt oder des Todes in der Familie des Beamten.

Anstatt diese Notstandsunterstützung durch eine gesetzliche Krankenfürsorge zu ersetzen, plant die Regierung jetzt nur eine Umarbeitung der bestehenden „Grundsätze für die Gewährung der Notstandsbeihilfe" vorzunehmen. Unter anderm will sie künftig keine Beihilfen mehr für den Aufenthalt in Kur- und Badeorten gewähren.

In einer Besprechung mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums am 21. Dezember haben sich die Vertreter der Beamtenorganisationen, unbeschadet ihrer grundsätzlichen Stellung zu der Materie, gegen die Verschlechterung ausgesprochen. —

Der Düsseldorfer Blutsonntag.

Der Ankläger im französischen Kriegsgericht gegen die Düsseldorfer Polizei- und Zivilbeamten hat die ihm von den Poincaristen zugeteilte Aufgabe, die Blutschuld von den Sonderbündlern und Franzosen auf deutsche Behörden und Beamte abzulenken, gut begriffen. Er beantragte in der Verhandlung am zweiten Weihnachtsfeiertage gegen den höchsten Düsseldorfer Beamten, den damaligen Regierungspräsidenten Grützner wegen Mordes die Todesstrafe. Grützner habe es fertiggebracht, an einem Nachmittag so viele Todesopfer zu verursachen.

Für die abwesenden Angeklagten Leutnant Beyer, Oberleutnant Bodenstein, Polizeikommissar Esser beantragt der französische Ankläger lebenslängliche Zuchthausstrafe. Für Oberleutnant Pohl, der die Hauptverantwortung trage, beantragte er längere Zuchthausstrafe, ebenso für Hauptmann Pfeffer. Für Oberleutnant Hübner und für Hauptmann Paßlack ließ der Staatsanwalt die Anklage auf Totschlag fallen; für Leutnant Vogt hielt er die Anklage nicht aufrecht.

Bezüglich der Schupo überläßt er dem Gericht zu urteilen, welche Strafen ihr zukämen. Ewers habe einen Franzosen mißhandelt und dafür eine exemplarische Strafe verdient. Für den städtischen Polizisten Krieg beantragte er eine hohe Gefängnisstrafe. Für den Stadtsekretär Neukirchen läßt er wegen nicht genügender Beweise die Anklage fallen. Der Artist Königs habe einen Menschen mißhandelt; für den Schlosser Engls lägen mildernde Umstände vor. Für Major Engel und Hauptmann Winkelmann überläßt der Vertreter der Anklage wegen der widersprechenden Aussagen dem Gericht die Entscheidung.

Die Begründung dieses Strafantrags stellt die Logik auf den Kopf. Der Anklagevertreter Leutnant Leleu betonte zunächst, daß es sich hier um keinen politischen Prozeß handle, sondern die Angeschuldigten ständen unter der Anklage des Totschlags.

Da die Demonstranten Störungen des Zuges befürchtet hätten, hätten sie diesen mit Leuten umgeben, die eine Armbinde trugen. Die beiden blauen Polizisten seien entwaffnet worden, und Blut sei noch nicht vergossen gewesen. Dennoch hätten Leute der Polizei gemeldet, die Blauen würden zusammengehauen. Vielleicht hätte der Polizeibeamte Esser mit den Sonderbündlern eine Verständigung wegen Freigabe der festgehaltenen Polizisten erreicht. Da sei plötzlich auf dem Friedensplatz geschossen worden. Einige Individuen hätten in die Luft geschossen, darauf sei die Schupo gekommen und habe auf die friedliche Menge, unter der sich auch Franzosen befanden, geschossen. Ein paar Sonderbündler hätten leichten Widerstand geleistet und seien geflohen, obwohl sie Handgranaten hatten. Sie hätten aber gezeigt, daß sie friedlich (!) waren. Die Gefangenen seien nach der Mühlenstraße abgeführt und schwer mißhandelt worden. Der frühere Sozialdemokrat Grützner habe es fertiggebracht, an einem Nachmittag so viele Opfer zu verursachen.

Nach einigen einleitenden Ausführungen des Verteidigers van Houten wies Rechtsanwalt Voß in längern juristischen Ausführungen über den Begriff der Notwehr nach deutschem und französischem Rechte nach, daß die Angeklagten sich in berechtigter Notwehr zum Gegenangriff entschlossen hätten. Erwiesene Notwehr schließe jedoch Verurteilung wegen Totschlags aus. Die Schupobeamten, die lediglich auf Befehl ihrer Offiziere gehandelt hätten, seien auf jeden Fall durch die Tatsache dieses Befehls gedeckt.

Dr. Voß wies auf das Paradoxe hin, daß die Polizeibeamten, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung von Berufs wegen verantwortlich seien, dafür verfolgt werden, daß sie ihre Pflicht getan hätten zur Wiederherstellung der Ordnung, die von den Sonderbündlern durch ein landesverräterisches Unternehmen auf das schwerste gestört worden sei. Derartige Vorkomm-

Kleines Feuilleton.

Aus Börnes Denkrede auf Jean Paul.

In den Renaissance-Drucken, die der Verlag von Karl Rauch in Dessau herausgibt, findet sich Ludwig Börnes berühmte Denkrede von 1825, aus der wir einen Teil abdrucken.

Jahrhunderte ziehen hinab, die Jahreszeiten rollen vorüber, es wechselt die Witterung des Glücks, die Stufen des Alters steigen auf und steigen nieder. Nichts ist dauernd als der Wechsel, nichts beständig als der Tod. Jeder Schlag des Herzens schlägt uns eine Wunde, und das Leben wäre ein ewiges Verbluten, wenn nicht die Dichtkunst wäre. Sie gewährt uns, was uns die Natur versagt: eine goldene Zeit, die nicht rostet, einen Frühling, der nicht abblüht, wolkenloses Glück und ewige Jugend. Der Dichter ist der Tröster der Menschheit; er ist es, wenn der Himmel selbst ihn bevollmächtigt, wenn ihm Gott sein Siegel auf die Stirn gedrückt, und wenn er nicht um schnöden Botenlohn die himmlische Botschaft bringt. So war Jean Paul. Er sang nicht in den Palästen der Großen, er scherzte nicht mit seiner Leier an den Tischen der Reichen. Er war der Dichter der Niedergeborenen, er war der Sänger der Armen, und wo Betrübte weinten, da vernahm man die süßen Töne seiner Harfe. Mögen wir der stolzen Glocke, die an seltenen Festtagen majestätisch schallt, unsre Ehrfurcht zollen — unsre Liebe wird der bescheidenen Uhr, die jeden Pulsschlag unsers Herzens begleitet, die jede Viertelstunde unsrer Freuden nachzählt und all unsre Schmerzen, Minute und Minute, von uns nimmt.

In den Ländern zählt man nur die Städte, in den Städten nur die Türme, Tempel und Paläste, in den Häusern ihre Herren, im Volke die Bevorrechteten, in diesen ihre Anführer. Von allen Jahreszeiten wird der Frühling gefeiert; der Wanderer staunt breite Wege und Ströme und Alpen an, und was die Menge bewundert, preisen die gefälligen Dichter. Jean Paul war kein Schmeichler der Menge, kein Diener der Gemeinheit. Durch enge verborgene Pfade suchte er das verschämte Dörfchen auf. Er zählte im Volke die Menschen, in den Städten die Dächer, und unter jedem Dache jedes Herz. Alle Jahreszeiten blühten ihm, sie brachten ihm alle Früchte. Auch der ärmste Dichter, und schiene ihm nur eine Saite noch auf seiner himmlischen Leier, hat die Feiertage der ersten Liebe besungen. Jean Paul weihet diese heilige Flamme, bis sie mit dem Tode verlischt. Bei jeder goldenen Hochzeit ist er der trauende Priester, der die alten Herzen noch einmal aneinander legt und die zitternden Hände zum letztenmal vereint, bevor der Tod sie trennt. Durch Nebel und Stürme und über gefrorne Bäche bringt er in das eingeschneite Häuschen eines Dorfschulmeisters, die Weihnachtsfreuden seiner Kinder zu sehen. Mit vollen Klängen besingt er die friedliche Saat auf den Blumenfeldern des Lang-Roggens, eines mit leisen und warmen Tönen das enge Glück eines deutschen Zwischenreichs und die Freuden eines schwedischen Pfarrers.

Für die Freiheit des Denkens kämpfte Jean Paul mit andern; im Kampfe für die Freiheit des Fühlens steht er allein. Seltsame, wunderliche Menschen, die wir sind! Fast sorglicher noch als unsern Haß suchen wir unsre Liebe zu verbergen, und wir fliehen so ängstlich den Schein der Güte, als wir unter Dieben den Schein des Reichtums meiden. Wie oft geschieht es, daß wir auf dem Markte des täglichen Treibens oder in den Sälen alltäglichen Geschwätzes all den wichtigen, volljährigen Dingen, die hier getrieben, dort besprochen werden, erlogene Aufmerksamkeit schenken! Wir scheinen gelassen und sind bewegt, scheinen ernst und sind weich, scheinen wach und sind von süßer Lust gewiegt, gehen bedächtigen Schrittes, und unser Herz taumelt von Erinnerung zu Erinnerung, und wir wandeln mit breitem Fuße zwischen den Blumenbeeten unsrer Kindheit und erheben uns auf den Flügeln der Phantasie zu den roten Abendwolken unsrer hinabgesunkenen Jugend. Wie ängstlich lauschest du dann umher, ob kein Auge dich ertappt, ob kein Ohr die stillen Seufzer deiner Brust vernommen! Dann tritt Jean Paul nahe an dich heran und sagt dir leise und lächelnd: „Ich kenne dich! Du verbirgst deine Freuden, weil sie dir zu kindlich scheinen für die Teilnahme der Würdigen; du verheimlichst deine Schmerzen, weil sie dir zu klein dünken für das Mitleid. Jean Paul findet dich auf und deine verschlossene Lust und spricht: „Komm, spiele mit mir!" Er schleicht sich in die Kammer, wo du einsam weinest, wirft sich an dein Herz und sagt: „Ich komme, mit dir zu weinen!" Schlummert und träumt irgendeine kindliche Regung in deiner Brust, und sie erwacht, steht Jean Paul vor ihrer Wiege, und vielleicht waren es nur seine Lieder, die dein Herz in solchen Schlaf und in solche Träume gelullt. Nicht wie andre es getan, spürt er nach den verborgenen Sünden im menschlichen Herzen; er sucht darin die verstreuten Paradiese auf. Er löset die Rinde von der verhärteten Brust und zeigt den weichen Bast darunter; und in der Asche eines ausgebrannten Herzens findet er den letzten, halbtoten Funken und facht ihn zur hellen Liebesflamme an. Darin hat er seinem Volke wohlgetan, darum war er sein Retter! Es gab eine Zeit, wo kein deutscher Jüngling, wenn er liebte, zu sagen wagte: Ich liebe dich. Zärtlich und bescheiden wie er war, sagte er: Wir lieben dich, Mädchen! Hinangezogen am Spalier der Standesmanier, hinaufgerankt an der Stange des Herkommens, hatte er verlernt, seinen eignen Wurzeln zu trauen. Jean Paul munterte die blöden Herzen auf; er zuerst wagte, das jedem Deutschen so grause Wort Ich auszusprechen, und wenn die Freiheit nicht darin besteht, daß man ohne Gesetze lebe, sondern daß jeder sein eigner Gesetzgeber sei, so war es Jean Paul, der für unsre Enkel die Saat der deutschen Freiheit ausgestreut.

Jean Paul war der Dichter der Liebe, auf die schönste und erhebendste Weise, wie man dieses Wort nur denken mag. Erst in seiner Jugend hatte er folgenden Eid geschworen: „Großer Genius der Liebe! Ich ehre dein heiliges Herz, in welcher toten oder lebendigen Sprache, mit welcher Zunge, mit der feurigen Engelszunge oder mit einer schweren, es auch spreche, und will Dich nie verkennen, du magst wohnen im engen Alpental oder in der Schottenhütte, mitten im Glanze der Welt; und du magst den Menschen Frühlinge schenken oder hohe Irrtümer oder einen kleinen Wunsch, oder ihnen alles, alles nehmen!" Er hat den Eid geschworen und er hat ihn gehalten bis in den Tod. Doch was ist Liebe ohne Gerechtigkeit? Die Milde des Räubers, der dem einen schenkt, was er dem andern genommen. Jean Paul war auch ein Priester des Rechts. Die Liebe war ihm eine heilige Flamme und das Recht der Altar, auf dem sie brannte, und nur reine Opfer brachte er ihr. Er war ein sittlicher Sänger. Nie schmückte er häßliche Sünde mit den Blumen seiner Worte aus; nie bedeckte er eine unedle Regung mit dem Golde seiner Reden. Er hätte es vermocht, wenn er gewollt; auch er hätte vermocht, mit seinem mächtigen Zauber dem frommen Tadler ein Lächeln abzuschmeicheln; aber er hat es nicht getan. Er stritt für Wahrheit, für Recht, für Freiheit und Glauben, und nie deckte bei ihm die Flagge eines mächtigen Namens sündlich heilloses Gut, es den Ungläubigen zuzuführen.

Theaterchronik. Das Wiesbadener Theater, nach dem Brande vom 18. März neu aufgebaut — mit französischer Hilfe —, ist mit einer Aufführung des „Lohengrin" eröffnet worden. — Im Königsberger Neuen Theater ist das Drama „Ost-Rom" von Alfred Brust uraufgeführt worden, in Eisenach „Lazarus Schwendi" von Ernst Bacmeister. —

Meyerhof, der unfleißige Nobelpreisträger. Die Auszeichnung des Kieler Professors Dr. Otto Meyerhof mit dem medizinischen Nobelpreis gibt, wie die Berliner „Glocke" erzählt, Anlaß zu einer kleinen Erinnerung: Im Jahre 1905 gründete Otto Meyerhof, damals Student an der Berliner Universität, mit einer Gruppe sozial gesinnter Studenten die studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter. Die Universitätsbehörden hatten gegen dieses Unternehmen einen Sack voll Bedenken, deren hauptsächlichstes darin gipfelte, daß die soziale Betätigung die Studenten zu Unfleiß in ihrem Studium verleiten würde. Ein Bedenken, das gegenüber den Sauf-, Pauk- und Bummelgepflogenheiten der farbentragenden Verbindungen merkwürdigerweise niemals aufgestiegen war. Meyerhof bestand trotz reger sozialer Betätigung sein medizinisches Examen mit der Note Eins, seine wissenschaftlichen Erfolge lassen gleichfalls keine Schädigung seines Geistes durch persönlichen Verkehr mit den !!! Arbeitern erkennen. Immerhin kann nicht verschwiegen werden, daß dieser Mann, der Deutschlands Ansehen durch Erringung des Nobelpreises „schädigt", wie Einstein jüdischer Abkunft ist. Nützliche Tätigkeit für den Wiederaufbau — wie etwa Revolverschüsse gegen Saaldecken — hat er allerdings noch nicht geleistet. —

Ein Gemälde von Raffael entdeckt. In der Villa Marchese Ferraggiana unweit Savona wurde bei Bauarbeiten ein 2 Meter breites, 1 Meter hohes Gemälde von Raffael und Giulio Romano entdeckt. Das Gemälde, das über hundert Figuren enthält, soll zu den großartigsten Schöpfungen des Meisters gehören. Rechts auf dem Bilde befindet sich ein Selbstporträt Raffaels und darunter

müsse könnten nur durch Verhinderung landesverräterischer Unternehmungen verhütet werden.

Rechtsanwalt Grimm wies gegenüber dem Vorwurf des Ungehorsams gegen einen französischen Befehl, des Totschlags und des Totschlagsversuchs darauf hin, daß die Beweisaufnahme einwandfrei ergeben habe, daß vor dem Anrücken der Polizei in der Nähe der Kaserne Zusammenrottungen, Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzungen, Nötigungen und Bedrohungen begangen waren. Weitere Verbrechen seien zu befürchten gewesen. Ein Einschreiten der Polizei sei daher unter allen Umständen gerechtfertigt gewesen.

Rechtsanwalt van Houten legte dar, daß in Düsseldorf der Oberbürgermeister als direkter Chef der blauen und grünen Polizei frei war zu handeln, wie er es den deutschen Gesetzen gemäß für notwendig hielt. Es sei unklug gewesen, die Demonstration zu genehmigen. Ein Zeuge habe am 29. September erklärt, daß die Sonderbündler es als ihre Pflicht erachteten, Konflikte mit der Polizei herbeizuführen. Matthes und seine Banden suchten also absichtlich Schwierigkeiten mit der Polizei. Wie kommt es, schloß der Verteidiger, daß die Polizei hier ist, die die Sonderbündler daran hinderte, sich der Regierung zu bemächtigen, und daß kein Sonderbündler auf der Anklagebank sitzt?

Nach Beendigung der in französischer Sprache gehaltenen Plädoyers wurde die weitere Verhandlung auf Donnerstag vormittag vertagt, wo die Repliken und das Urteil folgen sollen. —

Die Sachverständigen.

Die Reparationskommission hat auf Grund ihres Beschlusses vom 30. November in folgender Weise die Zusammensetzung der beiden Komitees vervollständigt, zu welchen zwei amerikanische Mitglieder am 21. Dezember ernannt worden sind:

1. Komitee:

Großbritannien: Sir Robert Kindersley, Direktor der Bank von England. Sir Charles Stamp, Sekretär der Nobelgesellschaft.

Frankreich: Parmentier, Verwalter des Credit Foncier von Frankreich. Allix, Professor an der Rechtsfakultät von Paris.

Italien: Dr. Pirelli, Industrieller; Flora, Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Bologna.

Belgien: Baron Houtart, Bankier und Mitglied der belgischen Kammer; Franqui, Staatsminister, Vizegouverneur der Banque Société générale de Belgique.

2. Komitee:

Vereinigte Staaten: Robinson, Präsident der First National Bank in Los Angeles in Kalifornien.

Großbritannien: Reginald Mc Kenna, früher Schatzkanzler.

Belgien: Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank.

Frankreich: Laurent Atthalin, Direktor der Banque de Paris et de Pays Bas.

Italien: Doktor Alberti, Vizedirektor der Bank Credito Italiano.

Die erste Sitzung des 1. Komitees wird am 14. Januar, die erste Sitzung des 2. Komitees wird am 21. Januar stattfinden. —

Einigung nicht notwendig?

In den letzten Wochen haben zwischen dem Allgemeinen deutschen Beamtenbund und dem Deutschen Beamtenbund Einigungsverhandlungen stattgefunden. Wie uns mitgeteilt wird, galt für den Allgemeinen deutschen Beamtenbund bei diesen Beratungen als oberster Grundsatz, nach Möglichkeit eine Einigung herbeizuführen, die eine größere Machtentfaltung der Beamtenschaft bedeuten würde. Mit gutem Rechte bezeichnete der Allgemeine deutsche Beamtenbund als Vorbedingung die Erhaltung der Republik und die Propaganda für den Grundsatz, daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind. Selbstverständlich lassen sich diese Ziele nur verwirklichen, wenn die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine durch einen Organisationsvertrag besiegelte Arbeitsgemeinschaft bilden, wobei die Selbständigkeit und Handlungsfreiheit jeder einzelnen Spitzenorganisation durchaus gewahrt bleiben kann.

Diese Auffassung hat der Allgemeine deutsche Beamtenbund bereits am 25. Oktober in einem längern Schreiben an den Deutschen Beamtenbund vertreten, als er eine einheitliche Abwehraktion der gesamten Beamtenorganisationen vorschlug.

Der Verlauf der eingeleiteten Verhandlungen hat gezeigt, daß die gegenwärtigen Führer des Deutschen Beamtenbundes den gewerkschaftlichen Grundbegriffen noch sehr fernstehen. Sie bezeichneten z. B. den zwischen dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, dem Afa-Bund und dem Allgemeinen deutschen Beamtenbund abgeschlossenen Organisationsvertrag als einen „Fetzen Papier", auf den die gesamte Beamtenschaft verzichten könne. Diese merkwürdige Auffassung führte die Verhandlungen auf den toten Punkt. Einen Ausweg erblickten schließlich beide Teile nur noch in der Befragung der Mitglieder. In einem Schreiben vom 10. Dezember machte der Allgemeine deutsche Beamtenbund den Vorschlag, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern beider Bünde vorzunehmen.

Obwohl die ganze Angelegenheit als dringlich bezeichnet wurde, brachte es der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes durch allerlei Ausflüchte fertig, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Angesichts dieses Verschleppungsmanövers mußte der Vorstand des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes in seiner Sitzung vom 19. Dezember die einzig mögliche Folgerung ziehen, daß der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes die Verhandlungen als beendet betrachtet. Diese Auffassung wurde durch ein Schreiben des Deutschen Beamtenbundes am 20. Dezember durchaus bestätigt, denn darin wird die vorgeschlagene Formulierung der Urabstimmung als „völlig undiskutabel" bezeichnet. Damit sind die Verhandlungen als beendet anzusehen. Jetzt hat die Beamtenschaft selbst das Wort.

Wir sind der Meinung, daß die Verschleppung der Einigungsverhandlungen die letzten gewerkschaftlichen Abwehrkämpfe zum Schaden der Beamten beeinflußt hat. Jetzt gilt es, daraus zu lernen und die Einigung aller gewerkschaftlich eingestellten Teile auf anderm Wege zu erreichen. —

Dollar Amtliche Notiz vom Donnerstag **4,2 Billionen**

Die Lohnpolitik der Unternehmerverbände.

„Von maßgebender Arbeitgeberseite" wird durch die Telegraphen-Union eine Erwiderung auf die Protesteingabe der Spitzengewerkschaften an den Reichsarbeitsminister gegen die Lohnpolitik der Unternehmer verbreitet. Die Arbeitgeber-Verbände wenden sich gegen den Vorwurf, „sie würden angesichts der Preisentwicklung der letzten Wochen, die zu einer über den Friedenspreisen liegenden Goldhöhe geführt hat, zu Unrecht die Entwertung des Geldes bei der Lohnreglung in Abrede stellen, und würden deshalb den Reallohn noch weiter drücken. Ebenso gegen die Behauptung der Gewerkschaften, daß zur Beurteilung der wirtschaftlich möglichen Lohnhöhe die Höhe des Preises, d. h. der Lebenshaltungskosten, entscheidend sei".

Die „maßgebende Arbeitgeberseite" verweist demgegenüber darauf, „daß die praktische Anwendung der Indexlöhne in den letzten Wochen und Monaten deren Währung und Wirtschaft zerstörende Folgen deutlich erwiesen" habe. „Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft und die unbedingte Notwendigkeit, die Produktion zu steigern und die Ausfuhr zu beleben, zwingen dazu, die Höhe des Stundenlohnes in erster Linie nicht nach der Lebenshaltung, sondern nach dem Produkt und der wirtschaftlichen Tragbarkeit für die Betriebe zu bestimmen. Das Tageseinkommen wird den Lebenshaltungsbedürfnissen in Zukunft nur durch zeitliche und persönliche Mehrleistung angepaßt werden können."

„Die Arbeitgeberschaft bestreite nicht eine gewisse Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Wenn sie sich in letzter Zeit trotzdem dagegen wenden mußte, der durch die amtliche Devisenpolitik verursachten Erhöhung der Grundpreise sofort eine Erhöhung der Löhne folgen zu lassen, so geschah dies deshalb, weil man — von einzelnen Bezirken des Reiches abgesehen — von einem wirklichen Goldniveau unsrer Preise noch nicht sprechen kann. Das Sinken der Goldpreise bei Umstellung auf Gold in Bremen und Hamburg und das Sinken des Lebenshaltungsindex der letzten Wochen beweisen vielmehr, daß mit Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel in den Verkehr noch ein notwendiger Ausgleich kommen wird, wenn dies nicht durch übereilte Erhöhungen der Löhne von vornherein unmöglich gemacht, die Kaufkraft der Rentenmark wie überhaupt jeder Währung damit von vornherein verringert und so erneut das verhängnisvolle wechselseitige Hinauftreiben von Löhnen und Preisen zum Schaden der Wirtschaft, der Währung und des Volkes ausgelöst wird. Die industriellen Arbeitgeberverbände verhandeln, wie wir hören, augenblicklich mit den Organisationen des Einzelhandels, und wir können darauf hinweisen, daß ohne das Festhalten der Grundlöhne die bereits beobachtete Abwärtsbewegung der Preise nicht möglich gewesen wäre. Die von den Arbeitgeberverbänden und ihren Spitzenorganisationen verfolgte Politik wird deshalb unsers Erachtens auch der Arbeiterschaft selbst zugute kommen."

Die Lohnbemessung „nach dem Produkt" und der wirtschaftlichen „Tragbarkeit für die Betriebe" ist eine ziemlich deutliche Umschreibung der Absichten der Unternehmer, die Hungerpeitsche zu schwingen, um zu „zeitlicher und persönlicher Mehrleistung" anzutreiben. Eine solche Lohnbasis ist derart unsicher, hängt so sehr von der Willkür der Unternehmer ab und den Zufälligkeiten in den einzelnen Betrieben, daß sie für die Gewerkschaften unbetretbar ist. Der Lohn muß sich nach den Lebensmittelpreisen richten, sonst kann die Arbeitnehmerschaft nicht bestehen, geschweige denn mehr produzieren. Die Existenzgrundlage muß gegeben sein.

Die Taktik, die Löhne so zu bemessen, daß sie zur Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel nicht ausreichen, um die Arbeiter zu zwingen, das Fehlende durch Ueberarbeit zu erringen, muß den berechtigten Widerspruch der Arbeitnehmerschaft herausfordern. Wo vermehrte Leistungen notwendig sind, müssen sie durch höhere Löhne abgegolten werden. Doch kann niemals der Nominallohn ausschlaggebend sein; maßgebend ist der Reallohn. Das geben die Arbeitgeberverbände selber zu, indem sie versichern, auf eine Senkung der Lebensmittelpreise hinzuwirken. Dabei wünschen wir ihnen vollen Erfolg, müßten uns jedoch entschieden dagegen wenden, wenn sie die Verbilligung der Lebensmittel ausschließlich als ihren Profit beanspruchen und daraufhin weitere Lohnsenkungen vornehmen wollen.

Der Arbeitgeberschaft kann nicht unbekannt sein, daß die Ernährung, wie die gesamte Lebenshaltung der Arbeitnehmer, seit Jahren unter dem für die deutsche Industriearbeiterschaft notwendigen Durchschnitt geblieben ist. Sie wird neuerdings durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch tiefer herabgedrückt. Daß aber aus ausgemergelten Arbeitskräften keine Höchstleistungen an Arbeit herauszuholen sind, sollte den Arbeitgebern ebenfalls nicht unbekannt sein. Schon rein körperlich genommen sind dauernde Voll- oder gar Höchstarbeitsleistungen einfach unmöglich, wenn es den Arbeitern, die sie verrichten sollen, an der entsprechenden Ernährung fehlt.

Ueberflüssig zu betonen, daß ausreichende Ernährung auch für die seelische Einstellung des einzelnen Arbeiters wie der Arbeiterschaft allgemein ausschlaggebend ist und daß ohne die nötige Arbeitsfreudigkeit keine besondern Leistungen zu erzielen, noch auf die Dauer zu erzwingen sind. Stände die Ernährung der Arbeitnehmerschaft ungefähr auf der Höhe, wie sie die Arbeitgeber für sich als selbstverständlich halten, dann würde die Unzufriedenheit unter den Lohn- und Gehaltsempfängern weit geringer und die Arbeiterintensität wahrscheinlich höher sein.

Es wäre kindisch, dem kapitalistischen Unternehmertum zum Vorwurf zu machen, daß es in erster Linie auf seinen Profit bedacht sei. Muß die Arbeiterschaft jedoch erkennen, daß die Ausmacherei in der rücksichtslosesten Weise, unter voller Ausnutzung der gegenwärtigen Krise erfolgt, die ja schließlich auch wieder einmal ein Ende nehmen muß, dann wird sie die sich ihr aufdrängenden Lehren daraus ziehen. Für die Produktion ergäbe sich daraus sicherlich kein Vorteil. Will man die Dinge auf die Spitze treiben, in der errechneten Sicherheit, der durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Entlassungsandrohung müde gemachten Arbeiterschaft fehle augenblicklich die Kraft zur Gegenwehr, dann treibt man die Verzweiflung unter den Arbeitermassen auf die Spitze. Die „maßgebende Seite" sei deshalb daran erinnert, daß auch auf dieser Seite ein gewisses Augenmaß angewenden ist und der Bogen nicht überspannt werden darf, wenn nicht reißen soll. —

Beamtenfragen in Frankreich.

Die französische Kammer hat in einer Nachtsitzung die Debatte über die Teurungszulagen für die Beamten zum vorläufigen Abschluß gebracht und folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird eine Kommission zwecks Revision der Beamtengehälter gebildet, die sich zu einem Drittel aus Vertretern der Beamtenschaft zusammensetzt, die von der Regierung ernannt werden.

2. Die Revision muß am 31. Oktober 1924 durchgeführt sein.

3. Die Familienunterstützung wird um 50 Prozent erhöht.

4. Die Aufenthaltsentschädigung für die Beamten ohne Dienstwohnung wird um 33 Prozent, für die Beamten mit Dienstwohnung um 15 Prozent erhöht.

Bei der Debatte über die Zusammensetzung der erwähnten Kommission stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage. Die Regierung erhielt 392 gegen 169 Stimmen.

Im weitern Verlauf wurde noch verlangt, daß die Bestimmungen des Regierungsentwurfs betreffend die unter 3 und 4 angeführten Erhöhungen von der Tagesordnung abgesetzt würden. Ministerpräsident Poincaré stellte darauf nochmals die Vertrauensfrage. Die Erhöhungen wurden mit 339 gegen 211 Stimmen und darauf der gesamte Gesetzentwurf durch Handaufheben angenommen. —

Notizen.

Der Bombenanschlag in Hannover. Die in der Angelegenheit des Bombenanschlags auf das Regierungsgebäude angestellten Ermittlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Oberstaatsanwalt hat auf die Ergreifung der noch unbekannten Täter eine Belohnung von 200 Goldmark ausgesetzt. Über die Wirkungen, die die Explosion gehabt hat, erfahren wir noch folgendes: Die Erschütterung war so stark, daß in den benachbarten Häusern die Wohnungseinrichtungen bebten und die Leute auf die Straße liefen. Das Sprengloch war verhältnismäßig klein. Die Kraft der Entladung war aber so groß, daß die massive Steintreppe aus ihren Fugen gerissen wurde. An der dem Archivgebäude gegenüberliegenden Front des Regierungsgebäudes sind nur wenige Scheiben heil geblieben. Türrahmen wurden aus ihrer Fassung gerissen und weit fortgeschleudert. —

Rheinisch-westfälische Goldnotenbank. Die Verhandlungen zwischen den Befürwortern einer Goldnotenbank für Rheinland und Westfalen, dem Reich und ausländischen Geldgebern haben zu einer vorläufigen Einigung geführt. Das Gründungskapital wird je zur Hälfte von den deutschen und ausländischen Interessenten aufgebracht. Weiter soll die Ueberführung der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank in die zu gründende deutsche Goldnotenbank zugestanden worden sein. Diese Zugeständnisse tragen Bedingungen des Reiches Rechnung, von deren Erfüllung die Regierung ihre Genehmigung abhängig gemacht hat. Die trennende Wirkung eines besondern Geldes für das Rheinland erfährt außerdem noch eine erhebliche Abschwächung, da das Reich, wie französische und belgische Angehörige der Rheinlandkommission versichert haben, nun das Recht erhalten soll, die hypothekarische Belastung zugunsten der Rentenbank im Rheinland und in Westfalen vorzunehmen und die Rentenmark einzuführen. Außerdem ist von französischer Seite die Genehmigung des geplanten wertbeständigen Notgeldes im besetzten Gebiet in Aussicht gestellt worden. —

Die Eisenbahnverhandlungen. Havas berichtet aus Düsseldorf, gemäß den Bestimmungen des Mainzer Eisenbahnabkommens seien am 19. und 20. Dezember in Dortmund zwischen Vertretern der deutschen Eisenbahndirektionen Münster, Hamm und Elberfeld und der französisch-belgischen Eisenbahnregie Verhandlungen geführt worden. Man habe sich über den Austausch von Waren, Personal und Lokomotiven für die Personenzüge sowie über den Austausch der Güter und des Personals für Güterzüge verständigt. Was die Verrechnung der Fahrpreise für den Personenverkehr und die Diensteinteilung auf den gemeinsamen Bahnhöfen anbelange, sei ebenfalls eine Reglung getroffen worden.

Ulain auf freiem Fuße. Abgeordneter Franz Ulam sowie der Pariser Szemere und Ingenieur Bobula, die seit Anfang November wegen Verschwörung (nämlich durch den „Staatsvertrag" mit Ludendorff-Hitler in Budapest) in Haft sind, sind plötzlich gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Der Staatsanwalt forderte von Bobula 250, von den beiden andern je 50 Millionen Kronen. Die Familien der Verhafteten haben diese Beträge erlegt und die Verschwörer verließen das Untersuchungsgefängnis. Die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten findet am 7. Januar statt. Es wird ihnen in Horthy-Ungarn wenig geschehen. —

Venizelos kehrt nach Griechenland zurück. Venizelos hat sich entschlossen, dem an ihn gelangten Rufe zu folgen und zeitweilig nach Griechenland zu kommen, um zur Ordnung der Lage beizutragen. Er beharrt aber vorläufig auf seinem Entschluß nicht auf die politische Bühne zurückzukehren. Er wird am 29. Dezember von Marseille abfahren. Die griechische Nationalversammlung wird am 2. Januar ihre erste Sitzung abhalten. —

Der dritte amerikanische Sachverständige. Zu diesem inoffiziellen Posten für die von der Reparationskommission einzusetzenden Untersuchungsausschüsse ist Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles und Kalifornien, ausersehen. Robinson soll dem Untersuchungsausschuß über die Kapitalflucht angehören. —

Neues Ministerium in Holland. Der rechte Flügel der zweiten Kammer versucht, die Kabinettsbildung zustande zu bringen. Vor mehreren Wochen wurde die holländische Regierung, die auch ein Rechtskabinett war, dadurch gestürzt, daß die Zweite Kammer unter Leitung der Sozialdemokraten mit 51 gegen 50 Stimmen die als Antwort auf die japanischen und englischen Rüstungen beantragte Flottenvermehrung für die niederländischen Ueberseebesitzungen abgelehnt hatte. Da keine Linksregierung gebildet werden konnte wird jetzt nach längerm Hin und Her wieder der Versuch einer Rechtsregierung zur Beendigung der Krise gemacht. —

Depeschen.

Ertrunken.

Wb. Würzburg, 27. Dezember. In Dettelbach ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Die den Verkehr über den Main vermittelnde Fähre sank infolge Ueberlastung. Sechs von den 13 Insassen fanden den Tod im Wasser. Nach dem „Fränkischen Kurier" trug sich der Unfall in der Dunkelheit zu, wodurch die Rettungsarbeiten sehr erschwert wurden. —

Verhaftet.

Wb. Kapstadt, 27. Dezember. Der Führer des Aufstandes in Südafrika von 1914, Moritz, der von Lourenco Marques nach Pretoria abgereist war, ist verhaftet worden, als er die englisch-portugiesische Grenze überschritt. —

---

ganz deutlich Raffaels Monogramm. Das Bild entstand auf Bestellung Papst Julius 2., um dessen Palast in Savona zu schmücken.

Der verbotene Weihnachtsbaum. Wir sind nicht gegen ihn und können uns kaum vorstellen, daß der Weihnachtsmummenschanz früher nicht nur Frohsinn, sondern auch mancherlei Aergernis mit sich bringen konnte. Diese Schattenseite der deutschen Volkssitte hat sogar einmal einen regelrechten Erlaß gegen den Weihnachtsmann zur Folge gehabt. Im Jahre 1682 ließ Großherzog Gustav Adolf von Mecklenburg folgende Verfügung öffentlich bekanntgeben: „Demnach nunmehro die Adventszeit und das darauf folgende Heilige-Christ-Fest herbey kombt, da dem gemeinen Gebrauch nach allerlei vermummte Personen unter dem Namen des Christkindleins auff den Gassen herum herlaufen, in die Häuser entweder willig eingerufen werden oder sich auch in dieselben hineindringen, dergestalt, daß den Kindern eingebildet wird, als were es das wahre Christkindlein, welches sie anzubeten angemahnt werden, Nikolaus und Martinus auch als intercessores (Vermittler) bey demselben die Kinder zu vertreten sich annehmen, auch sonst andre nichtige, unchristliche, mutwillige Dinge in Worten und Werken vornehmen und treiben, in der Tat aber die Sache mutatis et personis (mit veränderten Personen) in stockfinsterem Heidentum den Ursprung hat. So haben wir in Erwägung solcher Umstände nach reiflicher Ueberlegung dahin beschlossen, daß solche repraesentatio scandalosa (anstößige Aufführung) mit allen ärgerlichen Ceremonien in Unseren Herzogthümern und Landen bei Unsrer willkürlichen ernsten Strafe gänzlich abgetan und durchaus bei Adel und Unadel verboten seyn soll." —

Bücherindex der Sowjetrepublik. Der „Sozialistische Bote", das Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie, berichtet, daß der „Glawpolitprosjwjet", das Organ der russischen Regierung für die politische Aufklärung, eine „Instruktion" herausgegeben hat, welche die Behörden verpflichtet, alle öffentlichen Bibliotheken durchzusehen und sie von konterrevolutionärer und unkünstlerischer Literatur zu reinigen. Die Bücher, die aus den öffentlichen Bibliotheken auszuscheiden sind, werden in zwei Kategorien geteilt: die der ersten sind zu vernichten; die der zweiten dürfen nur in akademischen Bibliotheken bleiben, müssen aber dort in besondern Schränken versperrt und dürfen nur zu Zwecken wissenschaftlicher Arbeit ausgegeben werden; aus Volksbibliotheken müssen diese Schriften entfernt werden. Zu dieser zweiten Kategorie gehören unter anderm alle Schriften von Plato, Descartes, Kant, Spencer, Mach, gehören die Evangelien, der Koran, der Talmud, gehören alle Schriften von Carlyle, Kropotkin, Maeterlinck, Nietzsche, alle Schriften Leo Tolstois außer den Romanen. Aus den Volksbibliotheken sollen aber nach § 3 der Instruktion auch entfernt werden: „alle veraltete Agitationsliteratur und alle veralteten amtlichen Berichte der Sowjetorgane aus den Jahren 1918 bis 1920 über solche Fragen, welche gegenwärtig von der Sowjetregierung anders entschieden werden als damals. Die päpstlichen Methoden feiern also in der Sowjetrepublik „fröhliche Urständ". Sind die deutschen Kommunisten wohl ebenso päpstlich? —

Zu

Silvester!

Weinbrand-Verschnitt 38/40 Prozent 3/4-Liter-Flasche Mark **2.50**
Rum-Verschnitt 38/40 Proz., 3/4-Liter-Flasche Mark **2.90**
Arrak, Punsche von Nienhaus und Woldemar Schmidt.
Liköre bestrenommierter Firmen **in großer Auswahl!**
Rotweine .... Flasche von Mark **1.60** an
Weißweine ... Flasche von Mark **1.50** an
inkl. Steuer und Flasche
Rhein-, Mosel-, Bordeaux- und Obstweine, Sekt und Obstsekt
Zur Bowle: Fruchtkonserven.
Ferner:
Prima neue Salzheringe Stück **5, 8, 11** Pf.
Prima neue Salzgurken ..... Stück **35** Pf.

Reinhold Proße

Alter Markt — Telephon 1397

Zwei Waisen im Sturm der Zeit

8 Monate, täglich vor ausverkauftem Hause, im Capitol dem grössten Theater Neuyorks vorgeführt

Zwei Waisen im Sturm der Zeit

Die beiden Waisen: Lilian u. Dorothy Gish de Linières
12 Akte Josef Schildkraut **12 Akte**
Ab Freitag in unserm Spielplan
ausserdem
Das glänzende Beiprogramm

Walhalla-Lichtspiele **Walhalla-Lichtspiele**

Tonbild-Theater.

Das Brandmal der Rache
amerikanischer Sensationsfilm
Fatty im wilden Westen
Fatty als Liftboy

Kosmos-Kalender

für das Jahr 1924
mit zahlreichen Abbildungen, geschichtlichen u. naturwissenschaftlichen Abhandlungen aus allen Wissensgebieten.

Buchhandlung Volksstimme

KATJA **KATJA**

Zentral
7¼ Täglich 7¼

KATJA

Sascha .. Hans Horsten u. G.
7¼ Montag den 31. Dezember 7¼
Silvester-Vorstellung
mit großen Ueberraschungen in der Höhe von
500 000 000 000 000.— Mark
(Fünfhundert Billionen)
für die sechs glücklichsten Sitzplatzinhaber.
3¼ Sonntag 7¼

Heißgetränk Hitzköpfchen

(antialkoholfreier Punsch)
mit Sirup pro Liter 1.00 G.-Mk. mit Zucker pro Liter 1.75 G.-Mk. Flaschen bitte mitbringen.
Rum, Kognak, div. Liköre billigste Tagespreise.
G. Kaierkorn Nachflg., Breitenbrezelstraße 17a.

Gasthof des städtischen Gaswerks
der beste Brennstoff bei strenger Kälte
1 Zentner ab Lager Gaswerk . . 2.50 M.
1 Zentner in Fuhren von mindestens 30 Zentner Keller Magdeburg . . 2.70–2.90 M.
Abgabe im Gaswerk gegen Vorausbezahlung
Städtisches Gaswerk Magdeburg,
Moritzer Straße 2a. Fernsprecher 949.

Verlangen Sie in Apotheken u. Drogerien die O-A-B Packung 21 Apotheker Schumacher
Kurnikol
das sicher und schnell wirkende Mittel gegen Blasenleiden, Nieren- u. Harnsäure des Kalkes.

Haushalt-
Seife!
billiger
A. Steinmann
Doppelstraße 2.

Saaten, Hülsenfrüchte, Getreidekaff
darsprechs. Freie Str. 3

Stellenangebote haben den besten Erfolg in der **Volksstimme.**

Fürstenhof
Arkadia-Künstlerspiele
Nur noch wenige Tage!
Die
lustigen Dezember-Schlager!

Sonnabend, 29. Dezember
Ehren-Abend
für
Usedom und Kitt
und
Alfred Patze

Städtische Theater
Stadttheater
Freitag, 28. Dezember 5 Uhr
Der Widerspenstigen Zähmung
Anf. 7½, Ende 10½ Uhr
Wilhelm-Theater
Freitag, 28. Dezember
9 Uhr
Doppelselbstmord
Anf. 7½, Ende 10 Uhr.

Bereiten Sie Ihren Angehörigen
eine Weihnachtsfeierstunde

INRI

der Film der Menschlichkeit mit
Henny Porten Asta Nielsen
Werner Krauß Gregor Chmara

Der einzig existierende Film, welcher zu gleicher Zeit seine Uraufführung auf dem ganzen Erdball erlebte.
Ein erschütterndes Werk in ernster Zeit!

Jugendliche halbe Preise.
Beginn werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Circus Henny

(Blumenfeld-Gebäude).

Hennys Eisbären
Hennys Elefanten
Hennys braune Bären
Hennys Bisons
Hennys Zebustiere
Hennys Kamele
Hennys Wasserbüffel
Hennys Löwen
Hennys Wölfe
Hennys Hyänen usw.
In der Manege / In der Tierschau.

Der Vorverkauf für unsre Eintrittskarten liegt auf Ihrem tägl. Wege!
Breiteweg 181, bei Zigarrenhaus Schneider, sowie von 10 bis 1 und ab 4 Uhr an den Circuskassen.
Täglich 7¾ Uhr,
Sonn- u. Feiertags 3½ u. 7¾ Uhr.
Kinder nachmittags halbe Preise.
Futtermittel gegen Freikarten!

P.L. **Panorama** **P.L.**

Und wieder ein Schlager-Programm!

Vom Rosenmontag bis Aschermittwoch

(Drei Mächte der Luft und des Leides.)
Eine abenteuerliche Begebenheit.

Endlich haben auch wir Gelegenheit, diesen großen Amerikaner kennen zu lernen, der überall so ungeheures Aufsehen erregte.

Ueber der Stadt schwingt Prinz Karneval sein lustiges Zepter. In tollem Wirbel tobt die lebensfrohe Menschheit durch die Straßen. Maskeraden, Prachtaufzüge, Konfettischlachten wechseln mit stürmischen Tänzen. Blut kocht in den Adern. Lebensfreude schäumt über. Prinz Karneval hält Hof. 266

Der große Lustspielteil mit
Harald Lloyd
„Er" im wilden Westen
„Er" unter den Chinesen
1 Stunde Lachsalven.

Beginn der Vorstellung: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Fixi

Wochentags 4/5 — Sonntags 4/3

Das lustige Programm

Lil Dagover
in dem großen Lustspielschlager
Seine Frau .... die Unbekannte!

Sehen Sie ein Film, mit derart viel Humor, Witz und Laune gegeben wurden als in diesem Werk, wobei die entzückende Lil Dagover alle Herzen fesselt.

Ferner führen die tollen zwei Amerikaner

Fix und Fax

2 neue Streiche aus, und zwar:
Fix als Spielteufel Fax
und
Fix Autoschieber Fax

Nur wir allein haben im Mandelstam, die Erfindungen der Fix-Fax-Gesellschaft. Andere aus gegebene Bilder sind nur Nachdrucken!

---

1. 1. 1924.

Zum Jahreswechsel ist eine **Glückwunsch-Anzeige** in der in allen Kreisen der Bevölkerung gelesenen **Volksstimme** die billigste und zuverlässigste Form des Glückwunsches. Wir bitten

Neujahrswünsche und Vergnügungsanzeigen

spätestens bis Sonnabend den 29. Dezember zu bestellen.

Fernsprecher 1567. **Verlag der Volksstimme.**

Fußschweiß und kalte Füße

treten gemeinsam auf. Schweißfüße brennen im Sommer und frieren im Winter. Die Folgen sind schwere Erkältungs-Krankheiten, wie Gicht, Rheuma, Katarrh, Grippe, Zahnweh usw. Kopf kühl und Füße warm, das hält den Menschen gesund. Gegen Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen hilft das bekannte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster. Diese beiden, in vielen Millionen Fällen bewährten Kukirol-Fabrikate sind in allen größeren Apotheken und besseren Drogerien erhältlich. Lassen Sie sich aber nichts anderes als „auch sehr gut" aufreden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Dezember 1923.

Geschäftsleute gegen die Goldmiete.

Daß die von der Reichsregierung geplante Wiedereinführung der Friedensmieten von den breiten Schichten der Bevölkerung nicht getragen werden kann, steht außer allem Zweifel. Aber auch in den Kreisen der Gewerbetreibenden erhebt sich stärkster Widerspruch gegen diese ungeheure Belastung. Der Schutzverband der Arbeits- und Geschäftsraummieter hat an die maßgebenden Reichs- und Staatsbehörden eine Eingabe gerichtet, der wir folgendes entnehmen:

Bei der Frage der Mietzahlungen hat in den letzten Monaten bei den Bestrebungen der Hausbesitzer-Organisationen für die möglichst weitgehende Heraufsetzung der Mieten ein eigenartiges Argument eine Hauptrolle gespielt. Dieses Argument, welches zum Beweis der Tragbarkeit sehr hoher Mieten stets in den Vordergrund gestellt wurde, war, daß die gewerblichen Kreise sich bereits seit längerer Zeit auf Goldrechnung umgestellt hätten, ihre Erzeugnisse zu Preisen absetzten, die den frühern Goldpreisen oder noch darüber hinausgehenden entsprächen und daher völlig in der Lage seien, auch die frühern Mieten in Goldmarkhöhe aufzubringen. Diese seitens des Hausbesitzes herangezogene Begründung ihres für die Angleichung der Mieten wesentlichsten Arguments beruht auf einem großen volkswirtschaftlichen Rechenfehler. Es wird optimistisch beurteilt sein, wenn man annimmt, daß einige Monate nach Ueberwindung der gegenwärtigen Absatzkrisis sich die deutsche Produktionsleistung durchschnittlich auf einem Stande von zirka 25 Prozent gegenüber der Vorkriegsleistung befinden wird. Unter Zugrundelegung dieses Wirtschaftsstandes läßt sich, — und zwar nicht für jetzt, wie nochmals betont sei —, sondern für eine erst kommende Periode die Belastung eines kleinern fabrizierenden Unternehmens durch den Mietzins gegenüber dem Vorkriegszustand auf Grund angestellter Ermittlungen berechnen.

Es ist für die Mieterschaft jeglicher Art, die einen verzweifelten Kampf um ihren Arbeitsraum und somit um ihre Existenz zu führen gezwungen ist, ein nicht faßbarer Gedanke, daß der Staat durch Maßnahmen, die die Heraufsetzung des Mietzinses auf unerträgliche Sätze zum Ziele haben, die gesamte selbständige und entlohnte Bevölkerung vor die schwersten Erschütterungen stellen und die zur Erhaltung des Staates so dringend benötigte Steuerkraft vernichten könnte.

Wie aus dem heutigen Leitartikel hervorgeht, will das Kabinett Marx noch ganz andre Attentate auf die Mieterschaft unternehmen. Der Staatshaushalt und die Wirtschaft sollen aufgebaut werden, von den arbeitenden Menschen gehen aber bei diesem Aufbauen ungezählte zugrunde. Wie Gesundung sieht das nicht aus. —

Der Mieterverein an den Magistrat.

Der Magdeburger Mieterverein richtet an den Magistrat eine Eingabe, in der es heißt:

Die Haus- und Grundbesitzer-Zeitung vom 22. Dezember teilt mit, daß beim Magistrat der Antrag gestellt sei, vom 1. Januar an mindestens 25 Prozent der Friedensmiete in Gold als gesetzliche Miete für Verwaltung und laufende Instandsetzungen festzusetzen. Die Betriebskosten sind außerdem umzulegen. Jetzt, nachdem der Maurer-Stundenlohn-Index nicht mehr brauchbar ist, sowohl für die Höhe der Zuschläge als auch für die persönlichen Interessen, glaubt der Hausbesitzerverband das Reichsmietengesetz einfach umgehen zu können. Der Mieterverein setzt voraus, daß der Magistrat von sich aus die gesetzliche Grundlage nicht verlassen wird und bittet daher, von folgender Stellungnahme Kenntnis zu nehmen:

Der Regierungspräsident hat seit Monaten ohne Rücksicht auf die große Notlage der Bevölkerung die Zuschläge für die Berechnung der gesetzlichen Miete festgesetzt unter völliger Beiseiteschiebung der vom Magistrat beantragten Zuschläge. Diese Verwerfung erfolgte unter Berufung auf die ministeriellen Anordnungen. Während der Magistrat die Wohnungsbauabgabe, die sonstigen Steuerlasten, insbesondere die allgemeine große Arbeitslosigkeit — 60 000 Personen in Kurzlohn, fast 10 000 gänzlich arbeitslos — berücksichtigt, ist in den Entscheidungen der Regierung von dieser Rücksichtnahme nichts zu bemerken.

Angeblich soll der gesetzlich vorgesehenen Instandsetzungspflicht des Vermieters die erforderliche materielle Grundlage gegeben werden. In den Kreisen der organisierten Mieterschaft ist zu keiner Zeit so viel über Vernachlässigung der Reparaturen seitens der Vermieter geklagt worden wie zur Jetztzeit, wo „das Reichs-Mietengesetz fällt" und nunmehr eine „bessere Zeit" für den Hausbesitzer beginne. Wir ersuchen daher den Magistrat dringend, keinen Antrag auf Abänderung der Zuschläge für die Januarmiete zur Genehmigung einzureichen. —

Um die Gruson-Gewächshäuser.

Die Stadtverwaltung führt seit Jahren um die Erhaltung der Gruson-Gewächshäuser, dieser Sehenswürdigkeit ersten Ranges, einen zähen Kampf. Auf mancherlei Mittel ist man gekommen, um die hohen Unterhaltskosten aufzubringen. Besonders schwer ins Gewicht fallen die Heizungskosten. Viel Unterstützung hat leider die Stadtverwaltung bei ihren Bemühungen in der Bürgerschaft nicht gefunden. Man hat in der Oeffentlichkeit zwar sehr viel Worte gemacht von der Kostbarkeit und Unersetzlichkeit der Gewächshäuser, wenn aber ein Vorschlag gemacht wurde, wie man Mittel zur Erhaltung aufbringen könnte, hieß es in der Runde: So geht es nicht. Sofort meldeten sich auch Interessengruppen, die eine geschäftliche Schädigung fürchteten. Es sei nur daran erinnert, wie in der bürgerlichen Presse, in Interessentenvereinigungen und auch im Stadtparlament durch Vertreter der Rechtsparteien die Frage behandelt wurde, als der Dezernent Konzerte zum Besten der Gewächshäuser veranstaltete. Da war mit einem Male das heimische Gärtnergewerbe gefährdet, weil Propaganda gemacht werden sollte für einen Betrieb, der zwar unter städtischer Verwaltung stehe, aber trotz alledem Handel treibe wie ein Privatunternehmen.

Vor kurzem hat sich die „Magdeb. Ztg." wieder einmal mit den Gewächshäusern beschäftigt. Sie weist darauf hin, „wie anderswo Gewächshäuser erhalten werden" und macht über Hilfsaktionen Mitteilungen, die mit Erfolg schon für die Magdeburger Einrichtung unternommen seien. Die Angaben sind so ziemlich bis zum letzten Rest unrichtig und irreführend. Nach der „Magdeburgischen Zeitung" soll der Provinzialverband Gelder zur Erhaltung der Gruson-Gewächshäuser bewilligt haben. Das trifft nicht zu. Der Provinziallandtag hat es vielmehr abgelehnt, für diese Zwecke Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ist ferner irreführend, wenn es in dem Artikel heißt, daß die Magdeburger Industrie im allgemeinen der Bitte auf kostenlose Lieferung von Brennstoffen für die Gewächshäuser entsprochen hat. Auf ein am 27. April 1923 an die Vereinigung Magdeburger Arbeitgeberverbände gerichtetes Schreiben hat der Magistrat — erst nach vorheriger Erinnerung — unterm 13. August den Bescheid erhalten, „daß die Industrie und der Großhandel bedauerlicherweise derzeit durch unbedingt erforderliche Ausgaben an Steuern, Abgaben, Löhnen usw. derart überlastet sind, daß es den Arbeitgeberverbänden nicht möglich ist, für diesen besondern Zweck besondere Unterstützungen umzulegen". Ein bekannter Vertreter der Magdeburger Großindustrie äußerte sich, daß die vor einiger Zeit vorgenommene Umbenennung einiger Straßen die Bereitwilligkeit zu derartigen Opfern nicht gerade steigern könne. Aus dieser Aeußerung geht hervor daß die Unterstützung der Gewächshäuser nicht zuletzt aus politischen Gründen abgelehnt wurde. Die Magdeburger Unternehmer haben damit eine besondere Stufe kultureller Großzügigkeit erklommen. Weil ihnen einige Straßennamen nicht genehm sind, lassen sie eine wertvolle Sammlung, die wirklich nichts zu tun hat mit den politischen Strömungen, der Zeit, untergehen.

Wie wir erfahren, will die Stadtverwaltung in nächster Zeit an diejenigen Wirtschaftsorganisationen herantreten, bei denen auch nur einige Aussicht besteht, daß einer Bitte um Unterstützung der Gewächshäuser entsprochen wird. Ein vor Monaten beim Ministerium gestellter Antrag auf Genehmigung einer Lotterie ist bis jetzt noch nicht beantwortet. Jedenfalls darf aber, trotz aller Mißerfolge, nicht nachgelassen werden in dem Bestreben, die Gewächshäuser zu erhalten. —

Der Zeitungspreis!

Die „Volksstimme" kostet in der Woche vom 31. Dezember 1923 bis 5. Januar 1924

70 Pfennig.

Das neue Jahr wird für die Arbeiterschaft neue und schwere Kämpfe bringen. Schließt die Reihen, stärkt die Organisation, werbt für die „Volksstimme", die eure wichtigste Waffe ist!

— **Ermäßigung des Brotpreises.** Die Bäckerinnung gibt bekannt, daß der Richtpreis für ein 2000-Gramm-Brot von Freitag den 28. Dezember 1923 an auf 58 Pfennig ermäßigt wird. —

— **Zahlungen von Pensionen und Versorgungsgebührnissen.** Auf Anordnung des Reichsarbeitsministeriums erfolgt die Zahlung der gesamten Pensions- bzw. Versorgungsgebührnisse für die im Geschäftsbereich des Versorgungsamts Magdeburg wohnenden ehemaligen Offiziere, Militär- und Marinebeamten, Beamten aus dem Bereich des Reichsarbeitsministeriums, Wartegeldempfänger, Wehrmachtversorgungsberechtigten und für die Hinterbliebenen der vorgenannten Empfänger durch das Versorgungsamt Magdeburg. Vom Reichspensionsamt werden keine Beträge mehr überwiesen. Auch die Pensionsempfänger, denen eine Feststellung nach dem Stande vom 1. Juli 1923 noch nicht zugegangen ist, erhalten ihre sämtlichen Gebührnisse auf Grund besondrer Zahlungslisten des Reichspensionsamts vom Versorgungsamt Magdeburg. Den in Magdeburg (einschl. Vororte) wohnenden Empfängern sind die Gebührnisse grundsätzlich von der Kasse des genannten Versorgungsamts bar auszuzahlen. Als Ausweis ist ein amtliches Schriftstück (Feststellungsbescheid, Benachrichtigung, Militärpapiere usw.) oder die ausgegebene Ausweiskarte mitzubringen. Familienangehörige usw., die mit der Empfangnahme des Geldes beauftragt werden, müssen eine polizeilich beglaubigte Vollmacht vorlegen. Die Zahltage werden jedesmal vorher durch die in Magdeburg erscheinenden Zeitungen bekanntgemacht. Die nächste Zahlung erfolgt Montag den 31. Dezember 1923 von 10 bis 12 Uhr in der Kaserne Moenesberg, 2 Treppen, nach den Anfangsbuchstaben A—F auf Zimmer 96, G, H, J auf Zimmer 97, K, L, M—Z auf Zimmer 98, M—R auf Zimmer 99, S u. T auf Zimmer 100. Es ist dringend erwünscht, daß möglichst alle Empfänger an dem festgesetzten Zahltag erscheinen. Die nach Ablauf des vierten Tages nach dem Zahltag nicht abgeholten Beträge werden den Empfängern auf eigne Kosten durch die Post zugesandt. An auswärtige Empfänger erfolgt stets Zusendung durch die Post. —

— **Angestelltenversicherung.** Zum 1. Januar 1924 werden für die Angestelltenversicherung neue, wertbeständige Gehalts- und Beitragsklassen eingeführt. Die bisherigen Marken werden durch die Post nur noch bis zum 31. Dezember 1923 abgegeben. Die neuen Marken werden voraussichtlich vom 5. Januar 1924 an verkauft. Die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung ist vom 1. Dezember 1923 an auf monatlich 333⅓ Goldmark heraufgesetzt. —

— **Zirkus-Henny-Gastspiel.** Alle Freunde zirzensischer Künste seien darauf hingewiesen, daß der großartige Dezember-Eröffnungsspielplan nur noch wenige Tage geboten wird. Am 1. Januar setzt das neue Januar-Programm ein, das mit einer Fülle von neuen Darbietungen aufwarten wird. Ueber die Einzelheiten soll heute noch nichts verraten werden, da die vom 1. bis 15. Januar auftretenden Künstlerscharen Ueberraschungen mancherlei Art bringen. Die Vorstellungen finden in gewohnter und bekannter Art allabendlich 7¾ Uhr statt. Sonn- und Feiertags 3½ und 7¾ Uhr; nachmittags Kinder stets halbe Preise. — Man sehe sich noch nach vor dem Ersten den Dezember-Spielplan an, da man — um nur eins zu nennen — eine so herrlich zusammengestellte und so gehorsam arbeitende Eisbärengruppe nicht so bald wieder zu sehen bekommen wird. Auch die trefflichen Grunathes verlassen uns, die waghalsigen Luftgymnastiker, und manch andre der erstklassigen Darbietungen. —

— **Für die Alterc- und Kinderhilfe** wurden gespendet: Firma Seebold u. Stock 200 Zentner Briketts, Firma E. P. Deumer 100 Zentner Mehl. Die Firma Weihe spendete nicht, wie angegeben, zwei Wollgarnituren und 2 Billionen, sondern zwei Wollgarnituren und 20 Billionen. —

— **Stillegung der Elbeschiffahrt.** Da infolge des strengen Frostes die Elbe starkes Treibeis führt, haben die Elbeschiffahrtsunternehmungen ihren Betrieb bis auf weiteres völlig einstellen müssen. —

— **Als Richtlöhne für Hausangestellte** mit Kost und als Löhne für Angestellte ohne Kost gelten bis auf weiteres die Sätze für Zeit vom 23. bis 31. Dezember 1923. —

— **Gedenket der Vögel!** Der Magdeburger Tierschutzverein schreibt uns: Der ungewöhnlich harte Winter bringt unsre gefiederten Freunde in Wald und Flur in die schlimmste Not. Schon sieht man die kleinen Vöglein in Straßen und Höfen sich ohne Scheu aufhalten, vergeblich nach Nahrung spähend. Seid barmherzig und spendet ihnen Futter! —

— **„Geldfabrikanten" verhaftet.** In Görlitz wurde eine Geldfälscherwerkstatt entdeckt, in der falsche Dollar-Schatzanweisungen des Deutschen Reichs zu 21 Goldmark gleich 5 Dollar angefertigt wurden. An der Herstellung waren der Reisende Lehmann, dessen Ehefrau die Kaufleute Stöber und Balzer aus Görlitz und der tschechische Staatsangehörige Fritsche aus Lepa in Böhmen beteiligt. Die Beteiligten wurden verhaftet. Von Görlitz aus machten die Beteiligten Reisen in andre Städte, um die Scheine umzusetzen. Lehmann und Stöber wurden in Magdeburg verhaftet. Die andern wurden in Görlitz festgenommen. Eine Anzahl der gefälschten Scheine, die durchweg das Zeichen G Nr. 498397 und oben links das Datum 2. 9. 23 trugen, wurden bei den Verhafteten vorgefunden. —

— **Spitzbubengesindel.** Eine überaus schwere Schädigung hat die Familie Mann, Pestalozzistraße 39, durch einen Einbruch erlitten, der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ausgeübt wurde. Dem Ehemann, der seit 25 Wochen im Krankenhaus daniederliegt, sind fast sämtliche Kleidungsstücke von den ruchlosen Langfingern entwendet. Der Frau haben sie Diebe Silbersachen (Patengeschenke), den Wäschevorrat, Kleider, Blusen u. a. Gegenstände gestohlen. Sie ist durch den Verlust völlig gebrochen, da sie ganz außerstande ist auch nur weniges von dem gestohlenen Gute ergänzen zu können. —

× **Gestohlen** wurden aus einer Wohnung in Alt-Salbke ein dunkelgrau gemusterter Ulster mit graugestreiftem Futter und vier dunkelgelben Knöpfen; von einem Auto auf der Kühlewinstraße ein Auto-Reserverad mit Drahtspeichen schwarz lackiert, mit Continental-Bereifung und der Aufschrift Rudge Vat; aus einer Wohnung in der Messingstraße ein graugrüner Knabenulster, halb gefüttert, mit gelbem Taschenfutter, ein ziegelroter Schal. —

— **Wandbrand.** In einem Wohnzimmer Große Klosterstraße 3 (Kloster U. L. Frauen) war am Donnerstag nachmittag durch ein heißes Ofenrohr, welches dicht neben einer Fachwerkwand lag, ein Regal und ein Stuhl in Brand geraten. Von einer kurz nach 2½ Uhr alarmierten Abteilung der Hauptfeuerwache wurde die Gefahr beseitigt. —

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg

Jahreswendfeier am 31. Dezember auf dem Pilm. Alle Teilnehmer treffen sich ¾9 Uhr am Artillerie-Denkmal. —

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Stadttheater. Sonnabend (6. Abend): Wechsler und Händler — Sonntag, vormittags 11½ Uhr: Die Puppenfee; abends (Abrecht aufgehoben): Tiefland.

Wilhelm-Theater. Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Der Puppenschuster. — Sonntag (offene Vorstellung): Die Causa Kaiser. —

Uraufführung im Wilhelm-Theater! Die Intendanz hat das dreiaktige Drama „Die Rückkehr des Niemand" von Fr. E. Hauschild zur Uraufführung angenommen. Die erste Wiedergabe dieses Werkes wird unter der Regie des Herrn Dr. Wirds im Wilhelm-Theater als Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst am 3. Januar und die erste offene Vorstellung im Stadttheater am Sonnabend den 5. Januar stattfinden. —

Zirkus-Henny-Gastspiel (Blumenfeld-Gebäude). Allabendlich ¾8 Uhr, Mittwochs, Sonn- und Feiertags auch 3½ Uhr, große Prunkvorstellungen mit dem gewaltigen exotischen Menschen- und Tiermaterial und den besten Vertretern deutscher Artistik. 2130

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Jerichow 1.

Biederitz. Freitod. Der in jüngern Jahren stehende Dachdecker Hermann M. beichtete am zweiten Weihnachtsfeiertag mit seiner Frau ein Vergnügen. Nach einem Wortwechsel mit ihr ging er in der Erregung allein nach Hause und erhängte sich. —

Burg. Untertassierer für die Partei werden noch benötigt. Meldungen beim Genossen Reimelt junior, Bürgermarkstraße 21b. — Mieterverein. Am Sonntag vormittag 10 Uhr findet in der „Zentralhalle" eine wichtige Generalversammlung des Mietervereins statt. Alles erscheinen! — Die Hundesteuer muß bis 31. Dezember bezahlt sein. —

Kreise Wolmirstedt und Neuhaldensleben.

Mitgliederversammlungen

finden statt

Donnerstag den 3. Januar in Hermsdorf und Angern.
Freitag den 4. Januar in Bornstedt, Vahldorf und Fermersleben.
Sonnabend den 5. Januar in Hörsingen, Kobbel, Wellen, Süplingen, Samswegen und Groß-Rodensleben.
Sonntag den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Schwaneffeld, Uchtdorf, Niederndodeleben, Bülstringen, Wedringen, Alleringersleben und Badeleben.
Sonntag den 6. Januar, abends 8 Uhr, in Beendorf, Eichenbarleben, Morsleben und Völpke.
Dienstag den 8. Januar in Groß-Santersleben und Farsleben.
Mittwoch den 9. Januar in Drakenstedt und Glindenberg.
Donnerstag den 10. Januar in Ohrsleben.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die bevorstehenden Gemeindewahlen und unsre Parteiorganisation.

Referenten sind die Genossen Preuß, Wiegner, Tramp, Feldmann (Neuhaldensleben); Reddigau (Klein-Santersleben) Duldhardt (Wolmirstedt); Bernick (Magdeburg).

Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Gäste haben Zutritt. Parteisekretariat.

*

Olvenstedt. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen veranstaltete am Sonntag den 23. d. M. eine Weihnachtsfeier. 170 Kriegerwaisen, Klein- und Sozialrentner wurden reichlich beschenkt. Bei Gesang- und Konzertvorträgen nahm die schöne Feier einen würdigen Verlauf. Allen Spendern und Mitwirkenden sei hiermit der Dank des Vorstandes ausgesprochen. —

Kreis Kalbe.

Schönebeck. Vom Stahlhelm. In einer Notiz des „Schönebecker Tageblattes", des Organs der Handwerker und Gewerbetreibenden, von Gebr. Wullstein, teilt der Stahlhelm mit, daß er zur Bekämpfung der Not in unsrer Stadt im Verein mit den Kriegsbeschädigten eine Sammlung von Brennmaterialien an drei Sonntagen vornehmen will. Jeder soll nach seinen Kräften geben. Daß die Kriegsbeschädigten sich wirklich vor den Karren des Stahlhelms spannen lassen, glauben wir nicht. Der Stahlhelm verfolgt doch ganz andre Ziele als unsre armen Kriegsbeschädigten, die nie wieder Krieg wollen. Wenn man sammeln will, dann soll man an die Kriegsgewinnler herangehen, aber nicht der armen Allgemeinheit noch den letzten Kohlenstein wegholen. Am Schlusse wird dann noch gesagt, die Verteilung würde der Vaterländische Frauenverein leiten. Um bei Sammlungen eine gerechte Verteilung vornehmen zu können, wurde behördlicherseits das Wohlfahrtsamt eingerichtet, wo Bürgerliche und Arbeiter vertreten sind. Wenn man sich nicht dem Verdacht der Parteilichkeit aussetzen will, soll man dieser Stelle die Verteilung der Sammlungen übergeben. —

Altmark.

Osterburg. Das Kreisnotgeld, lautend über 50 und 100 Millionen und 1 Billion, verliert mit dem 31. Dezember seine Gültigkeit. —

Salzwedel. Die Weihnachtsfeier für die Erwerbslosen am ersten Weihnachtsfeiertag im „Stadtgarten" kann als in allen Teilen vollkommen gelungen bezeichnet werden. Die eigentliche Feier wurde durch das Spiel des Berliner Künstler-Trios B. W. B. eingeleitet, dem der Arbeitergesangverein Frohsinn mit gesanglichen Darbietungen folgte. Die Festrede wurde vom Genossen Dieckmann gehalten. Den Darbietungen schloß sich die Bewirtung der Erschienenen an. Es kann gesagt werden, daß in der ganzen Stadt und von keiner Organisation eine Weihnachtsfeier stattgefunden hat, die ihren Gästen so viel Gaben bot wie das Gewerkschaftskartell. —

Stendal. Weihnachtsfeier des Bundes der Kinderreichen. Umfangreiche Spenden hatten es der hiesigen Ortsgruppe des Bundes der Kinderreichen ermöglicht, bei einer Weihnachtsfeier 100 Erwachsene und 500 Kinder zu beschenken. —

Taugerhütte. Gemeindevertreter-Sitzung. Die Entschädigung an den Herbergswirt Werner für die Aufnahme Obdachloser wurde für 1923 auf 15 Goldmark festgesetzt. Das Mittelschulgeld wurde ab 1. Januar 1924 festgesetzt: Für Einheimische auf 50 Prozent des jeweiligen Schulgeldes an den staatlichen höhern Lehranstalten; Auswärtige haben 25 Prozent mehr als die Einheimischen zu zahlen. In der Notstandsküche sind in den ersten 11 Tagen 1672 Portionen ausgegeben worden, hiervon 549 unentgeltlich und 1123 gegen Bezahlung. Der Selbstkostenpreis für eine zubereitete Portion stellt sich auf 15—16 Goldpfennige. Unter Berücksichtigung der Spenden hat die Gemeinde einen Zuschuß von 9—10 Goldpfennigen pro Portion zu leisten. —

Befristetes Arbeitszeitabkommen für Oberschlesien. Der Zehnstundentag in den Eisenhütten Oberschlesiens ist durch ein Abkommen mit den beteiligten Gewerkschaften bis zum 30. April 1924 festgelegt. Soweit jedoch die Arbeitszeit in der Vorkriegszeit kürzer war, wird sie darüber hinaus nicht verlängert. —

Die Schneestürme.

Der Eisenbahnverkehr innerhalb des ganzen Reiches hat in diesen Tagen unter außerordentlich großen Störungen zu leiden, wie sie in den letzten Jahren kaum je zu verzeichnen waren. Selbst die Hauptstrecken, die stark befahren sind, liegen zum Teil unter so starken Schneewehen, daß die Aufräumungsarbeiten, die schon am Morgen des ersten Feiertags einsetzten und die überall mit starken Kräften durchgeführt werden, noch keinen Wandel zu schaffen vermochten. Besonders hinderlich ist die starke Kälte, die den Schnee in den Weichen und Signaleinrichtungen zu einer Eiskruste hat erstarren lassen.

Besonders empfindlich ist der gesamte Verkehr durch die Störungen im Bahntelegraphennetz behindert. Durch den ungeheuern Schneefall sind die Leitungen oft auf viele Kilometer zerrissen, die Masten umgestürzt, und es wird einer Arbeit von mehreren Tagen bedürfen, um hier wieder einen ordnungsmäßigen Betrieb einrichten zu können. Auch der Fernsprechverkehr im Reiche hat durch die Schneestürme erheblich gelitten. Besonders nach dem Osten sind eine Anzahl Linien schwer beschädigt, und nach dem Riesengebirge war die Verbindung nur auf großen Umwegen möglich. Aber auch im Schwarzwald und am Bodensee ebenso wie an der Küste sind schwere Störungen gemeldet, deren Behebung einige Tage in Anspruch nehmen wird.

In Ostsachsen und im Erzgebirge haben während der Weihnachtsfeiertage Schneestürme gewütet, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die in Scharen nach den Bergen gezogenen Wintersportler mußten vielerorts unverrichteterdinge wieder zurückfahren, weil der Sturm ganze Landstrecken vom Schnee freigefegt und an andern Stellen zu meterhohen Wehen emporgetürmt hatte. Auch an den Wäldern und an den Telephonleitungen, wie an den Dorfhäusern wurde durch den Sturm erheblicher Schaden angerichtet.

Infolge der starken Kälte, die im Hamburger Gebiet und im benachbarten Oldenburg 15 bis 18 Grad betrug, machen sich die ersten Eisschwierigkeiten im Hamburger Hafen und auf der Elbe bemerkbar, zunächst jedoch nur für Kleinschiffe. Da der Schiffsverkehr in den Feiertagen ruhte, hat sich viel Jungeis gebildet. Die Schiffahrt im Nordostseekanal ist für hölzerne Schiffe durch Eis gesperrt. Eisbrecher sind tätig, um eine Fahrrinne für die Dampfer offen zu halten.

In Stettin zeigte das Thermometer in den beiden letzten Tagen 15 Grad Kälte. Die Binnenschiffahrt auf der Oder ruht, da die Oder eine starke Eisdecke trägt. Auch in der Ostsee nimmt die Vereisung zu. Der Sund ist bereits zugefroren. Die Einfahrt nach Stockholm ist durch Eisbrecher offengehalten. Der Nordbodden ist vereist und die Schiffahrt eingestellt. Nach Finnland können die Dampfer nur mit Hilfe von Eisbrechern. In der Nordsee ist die Schiffahrt durch Eis ebenfalls erschwert.

Infolge eines starken Schneesturms ist der Verkehr im Westerwald fast völlig stillgelegt. Auf der Eisenbahnstrecke Montabaur nach Westerholt wurde am Dienstag ein Personenzug durch eine große Schneelawine festgelegt. Mehrere Wagen entgleisten. Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

Infolge der großen Schneefälle der letzten Tage sind in den Berggegenden der Schweiz zahlreiche Lawinen niedergegangen, besonders in den Waadtländer Alpen. In Séchey wurde ein Wohnhaus verschüttet, wobei zwei Personen ums Leben kamen. Bei Diablerets wurden acht Ställe und ein Wohnhaus von Lawinen weggerissen. Eine Person wurde getötet. Zahlreiches Vieh wurde verschüttet. Im Neuenburger Jura und im Waadtländer Jura erreichte die Schneehöhe 2,50 Meter.

Aus Tirol wird gemeldet: Auf der Brennerbahn und insbesondere auf der Arlbergbahn entstanden Zugverspätungen bis zu sieben Stunden. Am 24. hatte die Arlbergbahn wegen Verwehungen überhaupt eine Zeitlang den Verkehr einstellen müssen. Die Mittenwaldbahn konnte am 24. ebenfalls nicht verkehren. Auf der im Winter schwierigen Strecke zwischen Hochfilzen und Leogang an der tirolerisch-salzburgischen Grenze war in der Nacht zum 24. der Wiener Schnellzug durch die starken Schneemassen aufgehalten worden, er traf erst nach 6stündiger Verspätung in Innsbruck ein. Hier boten sich dann wieder neue Hindernisse auf der Arlbergstrecke, die teils durch Schneewehen, teils durch Lawinen eine Zeitlang unbefahrbar gemacht war. Man befürchtet den Eintritt von Tauwetter.

Kleine Chronik.

Die „Gerampelten" als Verräter. Der Schrecken der Berliner Geschäftsleute war seit längerer Zeit eine fünfköpfige Diebsbande, die von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurde. An ihrer Spitze standen ein gewisser Zennewitz und ein Bradtke, die ihre Helfershelfer häufig wechselten. Die Bande arbeitete stets mit dem Auto. Sie nahm sich, nachdem sie sich auf dem Bahnhof Zoo versammelt hatte, bald diesen, bald jenen Chauffeur, fuhr vor dem Laden, den sie gerade ausgekundschaftet hatte, mit dem Auto vor, sprang ab, ließ den Motor geräuschvoll weiterlaufen, stieß das Schaufenster ein, plünderte die Auslage und Regale leer und schaffte die Beute mit dem Auto weg. Nicht weniger als dreißig Einbrüche dieser Art beschäftigen die Kriminalpolizei. Die Frauen der beiden Führer, die das gestohlene Gut zu Geld zu machen pflegten, hatten beim Verkauf einer großen Schokoladenbeute die drei Helfershelfer schwer „gerampelt". Als die Betrogenen das merkten, äußerten sie ihren Unwillen so laut, daß die Kriminalpolizei davon hörte. So kam diese auf die Spur und nahm die Bande fest. —

Eine geheimnisvolle Entführung. Eine merkwürdige Entführungsaffäre, die in ihren Einzelheiten den Inhalt eines Schauerromans darstellen könnte, hält seit einiger Zeit die Gemüter der münsterländischen Bevölkerung in Erregung. Der Sohn des Manufakturwarenhändlers Falk in Rheine, der als Schlosserlehrling tätig war, verschwand vor einigen Tagen plötzlich spurlos. Den ersten Hinweis auf seinen Aufenthaltsort erhielt der Vater durch einen Drohbrief, in dem er aufgefordert wurde, an einem bestimmten Tage mit einem Automobil in 40 Kilometern Geschwindigkeit die Strecke Rheine—Münster—Osnabrück—Rheine zu fahren und einer verdächtigen Gestalt, die auf das Auto zukommen werde, ein Paket mit 25 000 Mark Inhalt hinauszuwerfen, widrigenfalls werde er die Leiche seines Sohnes finden. Falk teilte die Sache der Schutzpolizei mit und diese fuhr an dem genannten Tag in zwei Automobilen los, um die Verbrecher abzufangen. Zwar bemerkte sie in Eschendorf einige verdächtige Gestalten, die sich jedoch wieder zurückzogen. Vor kurzem machte man nun einen grauenvollen Fund: Man fand in der Gasstraße eine Aktenmappe und darin einen menschlichen Fuß, stellte jedoch bald fest, daß er nicht von dem jungen Falk stammte. Am Freitag erhielt der Vater des Entführten einen neuen Drohbrief des Inhalts: Herr Falk habe ja an dem Fuße gesehen, daß man Ernst machen könne. Wenn nicht am Weihnachtstag auf die vorgeschlagene Weise 50 000 Mark abgeliefert seien, werde er bestimmt die Leiche seines Sohnes finden. Herr Falk möge sich aber die Mühe ersparen, Schupo mitzunehmen, denn das nütze doch nichts. — Der Polizei ist es inzwischen gelungen, einen der Tat dringend verdächtigen Louis Krämer zu verhaften. Krämer ist ein Bursche von 20 Jahren, trotz seiner Jugend schon verheiratet und ein Taugenichts. Seine Frau hat er schon nach 24stündiger Ehe bei Wasser und Brot eingesperrt und auf das ärgste mißhandelt, bis die Nachbarn sie nach tagelanger Gefangenschaft befreiten, worauf sie wieder zu ihren Eltern nach Münster flüchtete. Inzwischen hatte er aber bereits die ganze Aussteuer seiner Frau verkauft und das Geld durchgebracht. Jetzt scheint er einen neuen Weg gesucht zu haben, um zu Gelde zu kommen. —

Der Polarforscher im Zuchthaus. Der bekannte Polarforscher Cook wurde wegen Schwindelei zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt. Dr. A. Cook war, nachdem er von der New York University seinen Doktortitel erhalten hatte, Arzt einer der Pearyschen Nordpolexpeditionen und nahm in derselben Eigenschaft an der belgischen Südpolfahrt teil. Dann unternahm er auf eigne Faust Forschungsreisen und behauptete im Jahre 1906, er habe den Mount Mac Kinley bestiegen. Aus verschiedenen Gründen zweifelte man daran, und auch als er 1909 von einer Fahrt in die arktischen Gebiete zurückkam, wurden starke Zweifel an seiner Behauptung geäußert, daß er den Nordpol erreicht habe. Nichtsdestoweniger ernannte ihn die Stadt Neuyork zum Ehrenbürger, auch erhielt er viele andre Ehrungen und wurde auch in Europa, besonders in Dänemark, gefeiert. Dr. Cook hat jetzt 4 Wochen lang vor einem Gericht in Texas gestanden, wo gegen ihn die Beschuldigung vorgebracht wurde, er habe durch den Verkauf wertloser Aktien von Oelgesellschaften, die er im Verein mit einigen andern Personen gegründet hatte, Hunderttausende von Dollars erschwindelt. Die Geschwornen erkannten ihn schuldig und er wurde zu 14 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Richter hat dabei auf das Niederträchtige in der Handlungsweise des Verurteilten hingewiesen, der besonders darauf ausging, Frauen um ihr Vermögen zu beschwindeln und der namentlich viele Witwen um ihr ganzes Hab und Gut gebracht hat. — In seiner Eigenschaft als Arzt der Pearyschen und der belgischen Südpolexpedition hat sich Cook unbestreitbare wissenschaftliche Verdienste erworben, die auch von der strengen Wissenschaft anerkannt worden sind und die allein es verständlich machen, daß beispielsweise die Universität Kopenhagen seinen ersten Bericht über seine angebliche Nordpolentdeckung als Tatsache nahm. Wie Cook über den Weg wissenschaftlich-sportlicher Eitelkeit schließlich zum Verbrecher geworden ist, das ist ein psychologisches Problem. —

Gedenkt der hungernden Vögel!

Eine Attentäterin.

Am Dienstag voriger Woche begann vor dem Pariser Schwurgericht gegen die 20jährige Germaine Berton, die im Januar Marius Plateau, den Chef der „Camelots du Roy", der französischen Fascisten und Monarchisten, getötet hat. Germaine Berton ist kleinbürgerlicher Herkunft und hat eine gute Bildung genossen. Schon mit 17 Jahren begann sie, sich mit anarchistischer Propaganda zu befassen. Allmählich reifte in ihr der Gedanke, den Führer der Reaktion, Léon Daudet, zu beseitigen. Sie suchte ihn im Lokal der „Action Française" auf, aber er war vorsichtig genug, sie von seinem Sekretär Plateau empfangen zu lassen. Nach einer Diskussion hörte man plötzlich Revolverschüsse. Plateau war tödlich getroffen. Die Attentäterin richtete dann die Waffe gegen ihre Brust und drückte los, aber sie verletzte sich nicht schwer. Sie wurde wegen Mordes angeklagt.

Germaine Berton erzählte vor dem Schwurgericht, wie sie dazu kam, Marius Plateau zu töten. Sie schilderte den Eindruck, den auf ihre Jugend das Schauspiel der Mobilisierung, der Anblick der Verstümmelten, die Opfer der Gasangriffe machten. Sie fürchtete, ein neuer Krieg könne kommen, und Haß erfüllte sie gegen Léon Daudet, in dem sie den Urheber der politischen Wirren, der nationalistischen und militaristischen Agitation sah. Darum beschloß sie, ihn zu töten. Sie ging am 20. Januar zur monarchistischen „Action Française", konnte dort aber nur Plateau sprechen.

Beleidigende Aeußerungen Plateaus über das Proletariat regten das junge Mädchen auf. Als er sie fragte, um welchen Betrag sie sich kaufen lasse, beschloß sie, ihn zu töten. Sie stand auf und ging zur Tür; als Plateau ihr öffnete, erschoß sie ihn. Um nicht in die Hände der Justiz zu fallen, die sie nicht anerkannte, versuchte sie, sich zu töten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie ihre Tat bereue, sagte die Angeklagte: „Meinem Gefühl und meinem Gewissen widerstrebte es, ein menschliches Wesen zu töten, aber ich bedaure es nicht, einen Feind des Proletariats getötet zu haben."

Sie wiederholte, daß sie das Attentat nicht beabsichtigt hatte. Sie wollte Daudet beseitigen, Plateau hat sie nur getötet, weil er sie zum Aeußersten brachte und weil sie gerade den Revolver bei sich hatte.

Das Schwurgericht sprach die Berton frei. Die 20jährige Anarchistin hat sich mit Mut und großer Schlagfertigkeit verantwortet. Noch mehr als dies mag aber auf die Geschwornen die Beweisführung der Verteidigung Eindruck gemacht haben, aus der hervorging, daß die Camelots du Roy, die französischen Fascisten, in ihrer Agitation selber vor der schlimmsten Mordhetze nicht zurückschrecken. Diese Hetze hat 1914 zur Ermordung von Jean Jaurès geführt, und das Blatt Daudets, die „Action Française", war das einzige in Frankreich, das den Ermordeten auch nach seinem Tod in der wüstesten Weise beschimpfte.

Indem die Geschwornen die Mörderin Plateaus freisprachen, sprachen sie ihr Verdammungsurteil über die französische Reaktion.

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 20 Goldpfennige angenommen.

Targ. Mieterverein. Generalversammlung am Sonntag den 30 Dezember, vormittags 10 Uhr, in der „Zentralhalle". Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse vom 27. Dezember.

An der Mittagsbörse wurden notiert ab Station (Preise in Goldmark, Mk. 4.20 = 1 Dollar Goldanleihe): Weizen, märk. 154—158 Roggen, märkischer 128—131 Sommergerste 152—155. Hafer, märkischer 115—118 Weizenmehl 23,75—27,25 feinste Marken über Notiz. Roggenmehl 22,25—25 Weizenkleie 7,75—8. Roggenkleie 7,50—7,75. Viktoriaerbsen 38—40 kleine Speiseerbsen 20 25 Peluschken 14—15. Blaue Lupinen 13—14. Seradella 16,50—[illegible] Rapskuchen 11,50—12. Trockenschnitzel, prompt —.—. Zuckerschnitzel —.— Torfmelasse —.—. Kartoffelflocken 17,00—18. (Getreide und Oelsaaten per 1000 Kg., das übrige pro 100 Kg.)

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.			Fall	Wuchs
Pardubitz	27.12.	—	—	—
Brandeis	.	—	—	—
Melnik	.	—	—	—
Leitmeritz	.	+ 0,79	—	—
Aussig	.	+ 0,46	—	—
Dresden	.	— 0,90	—	—
Torgau	.	+ 0,90	0,12	—
Wittenberg	.	—	—	—
Roßlau	28.12.	+ 1,14	0,34	—
Aken	.	—	—	—
Barby	.	+ 1,46	0,53	—
Magdeburg	.	+ 1,05	0,37	—
Tangermünde	27.12.	—	—	—
Wittenberge	.	—	—	—
Lenzen	.	—	—	—
Dömitz	.	—	—	—
Darchau	.	—	—	—
Boizenburg	.	—	—	—
Hohnstorf	.	—	—	—

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	27 12	+ 0,98	—	—
Saale.				
Grochlitz	28.12	+ 1,36	—	—
Trotha Utp.		—	—	—
Bernburg Utp.	.	+ 0,90	0,12	—
Kalbe Oberpeg.	.	+ 1,60	0,10	—
Kalbe Unterpeg.	.	+ 1,22	—	0,5
Grizehne	.	+ 1,32	—	0,3
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	27 12	+ 2,10	0,08	—
Brandenburg Unterpegel	.	+ 1,08	—	[illegible]
Rathenow Oberpegel	.	—	—	—
Rathenow Unterpegel		—	—	—
Havelberg	.	+ 2,30	0,02	—

Wettervorhersage.

Sonnabend: Böig, zeitweise Schneeschauer. Wiederzunahme des Frostes. —

Telegraphische Auszahlungen.

Die amtlichen Notierungen stellten sich wie folgt in Millionen:

	22. Dezember		27. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam .	1596000	1604000r	1596000	1604000r
Buenos Aires	1336650	1343350r	1346625	1353375r
Brüssel-Antwerpen . . .	188528	189472r	187530	188470r
Christiania	626438	629562r	625438	628562r
Kopenhagen	751118	754882r	751118	754882r
Stockholm	1109220	1114780r	1109220	1114780r
Helsingfors.	103740	104260r	103740	104260r
Italien	183540	184460r	183740	184260r
London	18254250	18345750r	18254250	18345750r
Neuyork	4189500	4210500r	4189500	4210500r
Paris	213465	214535r	211470	21253[illegible]
Schweiz	732165	734835r	736155	7398[illegible]
Spanien.	550620	555380r	550620	553[illegible]
Japan	1945125	1954875r	1975050	19[illegible]495[illegible]
Rio de Janeiro	393015	394985r	393015	394985r
Wien (pro Tausend) . .	59850	60150r	59850	60150r
Prag	123690	124310r	123690	124310r
Jugoslawien	47680	47920r	47481	4771[illegible]
Pest (pro Tausend) . . .	219945	220055r	217455	2185[illegible]
Bulgarien.	29426	29574r	29426	2957[illegible]
Lissabon-Oporto	148627	149373r	148627	149373r

Bergkristall.

Eine Weihnachtsgeschichte.

Von Adalbert Stifter.

(5. Fortsetzung.)

Aber es war auch endlich finster geworden.

„Sanna," sagte der Knabe, „wir können nicht mehr hinabgehen, weil es Nacht geworden ist, und weil wir fallen oder gar in eine Grube geraten könnten. Wir werden da unter die Steine hineingehen, wo es so trocken und so warm ist, und da werden wir warten. Die Sonne geht bald wieder auf, dann laufen wir hinunter. Weine nicht, ich bitte dich recht schön, weine nicht; ich gebe Dir alle Dinge zu essen, welche mir die Großmutter mitgegeben hat."

Sie weinte auch nicht, sondern nachdem sie beide unter das steinerne Ueberdach hineingegangen waren, wo sie nicht nur bequem sitzen, sondern auch stehen und herumgehen konnten, setzte sie sich recht dicht neben ihn und war mäuschenstill.

„Die Mutter," sagte Konrad, „wird nicht böse sein. Wir werden ihr von dem vielen Schnee erzählen, der uns aufgehalten hat, und sie wird nichts sagen, der Vater auch nicht. Wenn uns kalt wird — weißt Du — dann mußt Du mit den Händen an Deinen Leib schlagen, wie die Holzhauer getan haben, und dann wird Dir wärmer werden."

„Ja, Konrad," sagte das Mädchen.

Sanna war nicht gar so untröstlich, daß sie heute nicht mehr über den Berg hinabgingen und nach Hause liefen, wie er etwa glauben mochte; denn die unermeßliche Anstrengung, von der die Kinder nicht einmal gewußt hatten, wie groß sie gewesen sei, ließ ihnen das Sitzen süß, unsäglich süß erscheinen, und sie gaben sich hin.

Jetzt machte sich aber auch der Hunger geltend. Beide nahmen fast zu gleicher Zeit ihre Brote aus den Taschen und aßen sie. Sie aßen auch die Dinge — kleine Stückchen Kuchen, Mandeln und Nüsse und andere Kleinigkeiten —, die die Großmutter ihnen in die Tasche gesteckt hatte.

„Sanna, jetzt müssen wir aber auch den Schnee von unseren Kleidern tun," sagte der Knabe, „daß wir nicht naß werden."

„Ja, Konrad," erwiderte Sanna.

Die Kinder gingen aus ihrem Häuschen, und zuerst reinigte Konrad das Schwesterlein vom Schnee. Er nahm die Kleiderzipfel, schüttelte sie, nahm ihr den Hut ab, den er ihr aufgesetzt hatte, entleerte ihn von Schnee, und was noch zurückgeblieben war, das stäubte er mit einem Tuch ab. Dann entledigte er auch sich, so gut es ging, des auf ihm liegenden Schnees.

Der Schneefall hatte zu dieser Stunde ganz aufgehört. Die Kinder spürten keine Flocke.

Sie gingen in die Steinhütte und setzten sich nieder. Das Aufstehen hatte ihnen ihre Müdigkeit erst recht gezeigt, und sie freuten sich auf das Sitzen. Konrad legte die Tasche aus Kalbfell ab. Er nahm das Tuch heraus, in welches die Großmutter eine Schachtel und mehrere Papierpäckchen gewickelt hatte, und tat es zu größerer Wärme um seine Schultern. Auch die zwei Weißbrote nahm er aus dem Ränzchen und reichte sie beide an Sanna; das Kind aß begierig. Es aß eines der Brote und von dem zweiten auch noch einen Teil. Den Rest reichte es aber Konrad, da es sah, daß er nicht aß. Er nahm es und verzehrte es.

Von da an saßen die Kinder und schauten.

So weit sie in die Dämmerung zu sehen vermochten, lag überall der flimmernde Schnee hinab, dessen einzelne winzige Täfelchen hie und da in der Finsternis seltsam zu funkeln begannen, als hätte er bei Tag das Licht eingesogen und gäbe es jetzt von sich.

Die Nacht brach mit der in großen Höhen gewöhnlichen Schnelligkeit herein. Bald war es ringsherum finster; nur der Schnee fuhr fort, mit seinem bleichen Lichte zu leuchten. Der Schneefall hatte nicht nur aufgehört, sondern der Schleier an dem Himmel fing auch an, sich zu verdünnen und zu verteilen; denn die Kinder sahen ein Sternlein blitzen. Weil der Schnee wirklich gleichsam ein Licht von sich gab, und weil von den Wolken kein Schleier mehr herabhing, so konnten die Kinder von ihrer Höhle aus die Schneehügel sehen, wie sie sich in Linien von dem dunklen Himmel abschnitten. Weil es in der Höhle viel wärmer war, als es an jedem andern Platz im ganzen Tage gewesen war, so ruhten die Kinder, enge aneinander sitzend, und vergaßen sogar, die Finsternis zu fürchten. Bald vermehrten sich auch die Sterne; jetzt kam hier einer zum Vorschein, jetzt dort, bis es schien, als wäre am ganzen Himmel keine Wolke mehr.

Das war der Zeitpunkt, in welchem man in den Tälern die Lichter anzuzünden pflegt. Zuerst wird eins angezündet und auf den Tisch gestellt, um die Stube zu erleuchten, oder es brennt auch nur ein Span, oder es brennt das Feuer auf der Leuchte, und es erhellen sich alle Fenster von bewohnten Stuben und glänzen in die Schneenacht hinaus; — aber heute erst — am heiligen Abend — da wurden viel mehr angezündet, um die Gaben zu beleuchten, welche für die Kinder auf den Tischen lagen oder an den Bäumen hingen. Es wurden wohl unzählige angezündet; denn beinahe in jedem Hause, in jeder Hütte, jedem Zimmer war eins oder mehrere Kinder, denen der heilige Christ etwas gebracht hatte, und wozu man Lichter stellen mußte.

Der Knabe hatte geglaubt, daß man sehr bald von dem Berge hinabkommen könne, und doch, von den vielen Lichtern, die heute in dem Tale brannten, kam nicht ein einziges zu ihnen herauf. Sie sahen nichts als den blassen Schnee und den dunklen Himmel; alles andre war ihnen in unsichtbare Ferne hinabgerückt. In allen Tälern bekamen die Kinder in dieser Stunde die Geschenke des heiligen Christ; nur die zwei saßen oben am Rande des Eises, und die vorzüglichsten Geschenke, die sie heute hätten bekommen sollen, lagen in versiegelten Päckchen in der Kalbfelltasche im Hintergrunde der Höhle.

Die Schneewolken waren ringsum hinter die Berge hinab gesunken, und ein ganz dunkelblaues, fast schwarzes Gewölbe spannte sich um die Kinder, voll von dichten, brennenden Sternen, und mitten durch diese Sterne war ein schimmerndes, breites milchiges Band gewoben, das sie wohl auch unten im Tal, aber nie so deutlich gesehen hatten. Die Nacht rückte vor. Die Kinder wußten nicht, daß die Sterne gegen Westen rücken und weiter wandeln, sonst hätten sie an ihrem Vorschreiten den Stand der Nacht erkennen können; aber es kamen neue und gingen die alten, sie aber glaubten, es seien immer dieselben. Es wurde von dem Scheine der Sterne auch lichter um die Kinder; aber sie sahen kein Tal, keine Gegend, sondern überall nur Weiß — lauter Weiß. Bloß ein dunkles Horn, ein dunkles Haupt, ein dunkler Arm wurde sichtbar und ragte dort und hier aus dem Schimmer empor. Der Mond war nirgends am Himmel zu erblicken, vielleicht war er schon frühe mit der Sonne untergegangen, oder er war noch nicht erschienen.

(Fortsetzung folgt.)